

contraste

zeitung für selbstorganisation

434

37. JG.

4'50 EURO

NOVEMBER 2020

www.contraste.org

NACHRICHTEN

Trotz Corona: »Ende Gelände« hat erfolgreich die fossile Infrastruktur im Rheinland blockiert.

3

PROJEKTE

Postkoloniale Initiativen arbeiten anhand von Straßennamen und Denkmälern Geschichte auf.

4

BEWEGUNG

Nachhaltiger Aktivismus: Das Projekt »Zähne putzen« schafft Rückzugsräume für Aktivist*innen.

5

BIOTONNE

Bürger*innenbegehren als Druckmittel: Die Kampagne »kassel kohlefrei« kann ihre Erfolge feiern.

13

GRASWURZEL-GESCHICHTE(N) 1939-45



▲ Lange verkannt, jetzt mit einem Mural geehrt: Edelweißpiraten-Wandbild von »Captain Borderline« in Köln

Foto: Herbert Sauerwein

Erinnern für die Zukunft

NS-Geschichte(n) von unten bilden den Schwerpunkt dieser CONTRASTE-Ausgabe – einerseits begriffen als Geschichte lange vergessener Menschen, die unter dem mörderischen Nazi-Regime 1939 bis 1945 gelitten oder gestritten haben, aber auch als Geschichtsschreibung »von unten« jenseits offizieller Historie und Gedenkort durch Lai*en, Initiativen und Künstler*innen. CONTRASTE erinnert damit auch an die Reichspogromnacht am 9. November 1938, die sich 2020 zum 82. Mal jährt.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Der Verunglimpfung allen Gedenkens an die Verbrechen der Nationalsozialist*innen durch den AfD-Chef Alexander Gauland als »Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« setzen wir damit ein vielfaches antifaschistisches Ausrufezeichen entgegen. Heute können wir das risikofrei tun, während Antifaschist*innen unter dem Nazi-Regime verfolgt wurden bis hin zur Ermordung. Da sie sich mutig gegen eine angepasste Mehrheit verhielten, waren sie auch noch lange nach dem Ende der Hitler-Diktatur verfemt oder vergessen. Ihr zivilcouragiertes Verhalten wurde

weitgehend beschwiegen, geschweige denn anerkannt. So ging es unter anderen auch den »Edelweißpiraten« – unangepassten Jugendlichen, die sich während der Nazi-Herrschaft weigerten, sich dem vom totalitären Regime verordneten Denken und Verhalten in Stechschrittanordnung unterzuordnen. Anders als ihre Altersgenoss*innen in der Hitlerjugend zogen sie »ihr Ding« durch – wanderten, musizierten und sangen »gefährliche Lieder«. Sie konnten Hannah Arendts Erkenntnis aus dem Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 nicht kennen, doch haben sie sich intuitiv entsprechend ihrer berühmten Devise verhalten: »Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen.«

Noch Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Edelweißpiraten als »Kleinkriminelle« verleumdet. Lange wurde ihnen in der Bundesrepublik die Anerkennung als Widerständler*innen vorenthalten, ebenso wie Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und »Wehrkraftzersetzer«. Ihr Beharren auf Selbstbestimmung gegen das von der Führung verordnete »völkische Denken« als Widerstand zu würdigen, unternahm Graswurzel-Historiker*innen in Geschichtswerkstätten, Autor*innen-Kollektive und engagierte Einzelpersonen erst seit den 80er Jahren überall in der Republik. 18 Geschichtswerkstätten in Deutschland listet Wikipedia im Mai 2020 auf.

Den lange vergessenen oder absichtlich verschwiegenen Frauenwiderstand thematisieren zwei Schwerpunkttitel. Aus Köln, Wien und Hannover erreichten uns Beiträge der »Oral History« (dtsh. »mündliche Geschichte«). Neben dem Gedenken an jüdische Opfer des Nazi-Regimes werden Verbrechen an Zwangsarbeiter*innen und an Homosexuellen fokussiert. »Nie wieder!« kann gar nicht oft genug wiederholt werden, meint das CONTRASTE-Team anlässlich des Schreckens, der uns erfasst, wenn wir Dokumente lesen wie die Anordnung des Chefs der NS-Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich vom 10. November 1938 am Vorabend

des Pogroms, in der es heißt: »Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (zum Beispiel Synagogengebäude nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist) ... In Geschäftsstraßen ist besonders darauf zu achten, dass nicht jüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.« Und heute müssen jüdische Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland nach den Anschlägen vor der Synagoge in Halle 2019 und 2020 in Hamburg wieder antisemitischen Terror fürchten – eine alarmierende Entwicklung, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen.

PESTIZIDPROZESS GEGEN UMWELTINSTITUT UND OEKOM VERLAG

Angriff auf die Meinungsfreiheit

Im Südtiroler Pestizidprozess gab es einen ersten Erfolg. Parallel zu den laufenden Anklagen gegen Buchautor Alexander Schiebel und Agrarreferent Karl Bär vom Münchner Umweltinstitut ist nun das Verfahren gegen Jacob Radloff, Geschäftsführer des Oekom Verlags, eingestellt worden. Ein erster Sieg für die Meinungsfreiheit in Europa.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Es begann im Jahr 2015: »Ganz Südtirol wird von Monokulturen überrollt und in Pestizidwolken gehüllt ...

ganz Südtirol? Nein! Ein von unbeugsamen Vinschgern bewohntes Dorf kämpft mit einem Feuerwerk der Ideen gegen eine Übermacht aus Bauernbund, Landesregierung und Pharmaindustrie.« So ließ der Film und Buchautor Alexander Schiebel seinen Film »Das Wunder von Mals« beginnen, in dem er den Kampf der BewohnerInnen für ihre pestizidfreie Gemeinde im Vinschgau eindrücklich darstellte. Gegen Schiebel und das ihn unterstützende Umweltinstitut München erhob Arnold Schuler, damals stellvertretender Landeshauptmann

von Südtirol, Strafanzeige wegen »erschwerter Verleumdung«, da sie es gewagt hatten, den hohen Pestizideinsatz in den Südtiroler Obstplantagen zu kritisieren. Mitte Oktober folgte dann die nächste Anklage gegen den Münchner Oekom Verlag. Sogar dem Überbringer der schlechten Nachricht sollte offenbar ein Maulkorb verpasst werden, denn der Vorwurf lautete: »Mittäterschaft beim Verbrechen der üblen Nachrede«. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft entschied das Landesgericht Bozen jedoch, das Verfahren mangels Beweisen einzustellen.

Jacob Radloff, Oekom-Geschäftsführer, freut sich über diesen ersten »Teilsieg für das Recht auf freie Meinungsäußerung«, denn während seiner engagierten umweltpolitischen Arbeit habe er es noch nie erlebt, dass er sich vor Gericht dafür verantworten musste. Dennoch gehen die Verfahren gegen den Schiebel und Bär unverständlicherweise weiter: Schiebel gehe es in seinem Buch ja eigentlich um eine politische Frage, »nämlich wie Landwirtschaft ohne gravierende Schäden für Mensch und Umwelt gestaltet werden kann«. Diese uns alle betreffende Frage

sollte laut Radloff »Bestandteil der demokratischen Auseinandersetzungen sein und nicht in Strafprozessen verhandelt werden«. Er bewertet die Anzeige als »schweren Angriff auf die Meinungsfreiheit« in Europa, ist aber dank breiter öffentlicher Unterstützung dennoch vorsichtig optimistisch, dass das Verfahren eingestellt und die immensen Schadenersatzforderungen abgewendet werden können.

Infos:
www.umweltinstitut.org
www.oekom.de
wundervonmals.com

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN ENDE GELÄNDE, RHEINLAND	SEITE 3	SCHWERPUNKT STOLPERSTEINE DER ERINNERUNG EDELWEISSPIRATEN	SEITE 9
PROJEKTE POSTKOLONIALE INITIATIVEN NETZWERK SELBSTHILFE	SEITE 4		SEITE 10
PROJEKTE DAS PROJEKT »ZÄHNE PUTZEN«	SEITE 5	EL-DE-HAUS IN KÖLN TODESURTEILE WEGEN FAHNENFLUCHT	SEITE 11
BEWEGUNG GESCHICHTE: DAS HÜTTENDORF 1004 ...	SEITE 6	FRAUEN IM WIDERSTAND SPÄTE SPURENSUCHE IM EIGENEN DORF	SEITE 12
BEWEGUNG ... UND SEINE RÄUMUNG INTERVIEW MIT EINEM ZEITZEUGEN	SEITE 7	HOMOSEXUELLE IN DER NS-ZEIT FRAUEN-WIDERSTAND IN FRANKREICH	SEITE 13
GENOSSENSCHAFTEN KOMMUNIKATIONSAGENTUR WIGWAM BUCHBESPRECHUNG	SEITE 8	BIOTONNE KAMPAGNE »KASSEL KOHLEFREI« DANNENRÖDER FORST	SEITE 14
		KUNST & KULTUR WIE 1968 AUF DEM LAND WIRKTE BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE	SEITE 15
		REZENSIONEN WAS IST DAS EIGENTUM? DER GORLEBEN-TRECK 1979 BAUSTELLE ELEKTROMOBILITÄT KLASSISMUS UND WISSENSCHAFT TRAUM UND TRAUME	SEITE 16
		TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo
(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **9 Euro**

AKTION 2020

2.000 Euro bis zum Jahresende

Liebe Leser*innen,

die Aktion 2020 ist mit Engagement und Bravour gemeistert. Schon stehen die nächsten Spendenziele an, so ist unsere CONTRASTE-Realität. Bis zum Jahresende brauchen wir noch 2.000 Euro, um ein ausgeglichenes Geschäftsjahr hinzubekommen. Sowieso brauchen wir monatlich im Durchschnitt 700 Euro an Spenden und Unterstützung, nur brauchen wir jetzt dringend ein Drittel mehr, im neuen Jahr können wir dann mit »Flatten the curve« durchkommen. Wie es dazu kam? In diesem Jahr sind gleich 19 auf ein

Jahr befristete Jahresabos an Gefangenen-Freiabos und an Geschenkabos ausgelaufen, nur sehr wenige sind neu dazu gekommen. Allein dies bringt uns schon ins Schleudern. Weswegen wir in der neuen »Aktion 2021« es auch schaffen müssen, 1.000 Euro mehr an Unterstützung zu bekommen. Das neue Spendenziel sind insgesamt 8.000 Euro, die wir bis Mitte Oktober 2021 auf unserem Konto brauchen. »Unaufgefordert« sind im letzten Monat schon 213 Euro eingetrudelt. Vielen Dank. Die übliche Abolage ist wieder in etwa ausgeglichen. Dreimal gekündigt, dreimal abonniert.

Und ein kleiner Lichtblick: Ein neues Förderabo für gleich 100 Euro, die wie Spenden stets von der Steuer abziehbar sind. Gleich 13 Schnupperabos wurden bestellt, querbeet durch Deutschland, eines aus Österreich, eines aus Luxemburg. Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

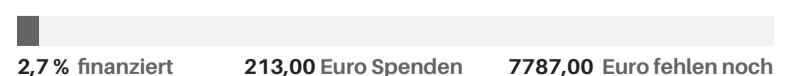
Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

B.H.	14,00
S.T+M	40,00
K.D.	1,00
L.C.+M.L.	8,00
Armin Scholl+Gabriele Stefan	100,00
U.H.	50,00

Spendenticker »Aktion 2020«



Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **7787,00 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Eva Sempere

LECHTS - RINKS

ULI FRANK

Obwohl die Corona-Maßnahmen von einer großen Mehrheit akzeptiert werden, tritt die Szene der »Rebell*innen« umso lautstärker und penetranter in Erscheinung. Sich verkannt fühlende Persönlichkeiten treibt es vor die WebCam, um ihre Follower mit immer neuen, bisher unbekannt oder unterdrückten »Wahrheiten« zu füttern. Angesichts der eigenen verstörenden Bedeutungslosigkeit greift das verletzte Ich nach Identifikationsmöglichkeiten mit Höherem und Größerem. Die »Corona-Rebell*innen« empfangen die frustrierten Seelen mit offenen Armen.

Eine Bekannte aus der Eso-Szene schickte mir kürzlich den Zusammenschnitt einer Trump-Rede mit deutschen Untertiteln, in der er seine Zuhörer*innen zu Held*innen und einsamen Kämpfer*innen für das Wahre und Richtige hoch stilisiert. Er nimmt sie vor den Angriffen des Establishment in Schutz, ruft sie auf, ihre Außenseiter-Position umzudeuten und sich als die wahren Held*innen und Sensiblen zu verstehen, die jetzt aus innerster Überzeugung gegen den Rest der Welt kämpfen und eines Tages vor der Geschichte Recht bekommen werden. Meine Bekannte schickte noch eine Rede von Nelson Mandela mit, weil sie darin eine Seelenverwandtschaft mit Trump entdeckt zu haben glaubte.

In einem anderen Internet-Auftritt wird die gegenwärtige gesellschaftliche Situation mit einer »Drehtür« verglichen, in der alle sinnlos im Kreis herum laufen, bis die Klugen und Erleuchteten endlich aus eigener Kraft den Ausgang finden. Das Bild erinnert stark an das »Hamsterrad«, das

von Linken oft als Bild gewählt wird: Wir dienen einem automatischen Subjekt, das uns blind macht und zu willenlosen Rädchen im Getriebe degradiert. Auch hier geht es darum, auszusteigen und ein neues besseres Leben zu finden.

Für die bürgerliche Wahrnehmung sind links und rechts ja schon immer die gleichen extremen Abweichungen von der Normalität gewesen. Das fand ich bisher nur lächerlich – und natürlich gibt es gar keinen Vergleich, was die Qualität der Inhalte betrifft. Allerdings: Der rebellische Impuls, die Unzufriedenheit mit der Entfremdung und fehlenden Selbstwirksamkeit kommen mir schon bekannt vor. Ich kann mich erinnern, dass ich mich in der 68er-Bewegung teilweise beschämend schlicht positioniert und dabei genau dieses erlösende Gefühl hatte, aus einer Position der Unterlegenheit, Unwichtigkeit und Hilflosigkeit gegenüber dem etablierten Wissenschaftsbetrieb mit einem Befreiungsschlag herauszukommen.

Linke mischen erfreulich wenig in der neuen Rebell*innen-Szene mit, obwohl ein kritisches Verhältnis zum Staat ja linke Tradition ist. Das ist einerseits beruhigend, andererseits könnte uns die Vehemenz und Massenwirksamkeit dieser Bewegung durchaus zu denken geben – zeigt sie doch, wie schnell sich die Frustration, die das System täglich auslöst, in offene Empörung verwandeln kann. Dass linke Kapitalismuskritik und emanzipatorische Zukunftskonzepte für diese Menschen bisher völlig unattraktiv zu sein scheinen, sollte uns nicht schmeicheln, sondern eher Anlass zu Selbstkritik und neuen Ideen sein.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contraste.org**

Sich der Zerstörung in den Weg stellen



▲ Gas ist keine Alternative: Zum ersten Mal blockierten Aktivist*innen von Ende Gelände auch Gasinfrastruktur.

Foto: Nora Börding / Ende Gelände

Am letzten Septemberwochenende kehrte die Klimagerechtigkeitsbewegung mit einem Paukenschlag zurück: Zum achten Mal blockierte Ende Gelände gemeinsam mit Fridays For Future und Alle Dörfer Bleiben erfolgreich Kohlebagger, Kraftwerke, Kohlezüge und Gaspipelines. Mit Maske und Abstand kamen mehrere 1.000 Menschen im Rheinland zusammen, um die Klimakrise wieder auf die Agenda der öffentlichen Debatte zu bringen.

PAULA, ENDE GELÄNDE

Neben den Blockaden wurde in dem Tagebau-Dorf Keyenberg ein Gasthof wiedereröffnet – nach den Plänen von RWE sollen trotz beschlossener Kohleausstieg neben Keyenberg noch fünf weitere Dörfer innerhalb der nächsten Jahre abgebaggert werden. Trotz massiver Polizeigewalt ließen wir uns nicht davon abhalten, uns über einen Zeitraum von anderthalb Tagen ungehorsam mit unseren Körpern der Zerstörung in den Weg zu stellen.

Seit fünf Jahren blockieren wir mit Massenaktionen des zivilen Ungehorsams Braunkohleinfrastruktur. Gemeinsam mit einer in den letzten Jahren stark gewachsenen Klimabewegung haben wir es geschafft, den Dreck der Kohleindustrie und der Regierung auf sämtliche Titelseiten der Bundesrepublik zu bekommen. Das im Sommer beschlossene Gesetz führt den mehrheitlich gewünschten Ausstieg ins Absurde, indem die Kohleverstromung weitere 18 Jahre festgeschrieben wird, das brandneue Steinkohlekraftwerk Datteln 4 trotzdem dieses Jahr ans Netz ging und zur Krönung den Kohlekonzernen Milliarden hinterhergeworfen werden. Die Bundesregierung entlarvt sich damit selbst. Der politische Wille für eine klimagerechte Gegenwart und eine Zukunft für alle ist schlichtweg nicht vorhanden.

Die hilflosen Lösungsvorschläge eines »Green Deals« – also noch mehr Wachstum, nur in grün – werden nicht helfen. Klimaschutz und vor allem Klimagerechtigkeit wird es nur geben, wenn unser Wirtschaften nicht mehr auf Wachstum ausgelegt ist. Denn: Um Profite zu machen und

konkurrenzfähig zu bleiben, sehen sich Unternehmen gezwungen, immer weiter Menschen auszubeuten und natürliche Ressourcen zu vernichten. Natürlich können wir weiter wachsen, aber eben immer nur auf Kosten von Menschen und den Ressourcen des Planeten. Gesellschaften des globalen Nordens leben auf Kosten von Gemeinschaften des globalen Südens. Aus dieser menschenverachtenden Wachstumsspirale müssen wir raus. Die Zeit, um auf – zum Scheitern verurteilte – Lösungen der politisch Verantwortlichen zu warten, ist vorbei. Wenn der Kohlekompromiss das Resultat von 1,6 Millionen Menschen auf den Straßen Deutschlands war, können wir den notwendigen Wandel wohl nur selbst in die Hand nehmen.

Protest unter Pandemiebedingungen

Anders als in den Vorjahren und um auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie zu reagieren, fand die Aktion dezentral statt: In neun Camps trafen wir uns. Mit vielen kleineren Protestzügen, sogenannten Fingern, blockierten wir an unzähligen Orten gleichzeitig. Dies war Teil eines umfangreichen Hygienekonzepts, was im Vorhinein in mühevoller Kleinstarbeit erarbeitet wurde. Es beinhaltete auch ein anonymisiertes Konzept zur Rückverfolgung von glücklicherweise nicht eingetretenen Infektionsketten. Schon allein, dass es uns gelang, eine Aktion in dieser Größenordnung unter Pandemiebedingungen durchzuführen und verantwortlich mit möglichen Infektionen umzugehen, können wir als Erfolg verbuchen. Die Straßen nicht nur den Corona-Leugner*innen und Verschwörungsideolog*innen zu überlassen und in kollektive Handlungsfähigkeit zurückzukehren, war wichtig für uns und die gesamte Klimagerechtigkeitsbewegung.

Braunkohle, Gas und ein Gasthaus

Diese neue Ausrichtung der Aktion gab uns eine völlig neue Dynamik. Wir waren einfach überall im gesam-

ten Rheinland: Im Minutentakt flogen ab dem frühen Morgen Nachrichten von aufbrechenden Fingern, durchflossenen Polizeiketten und erreichten Aktionszielen ein. In einem Gebiet, das sich über 100 Kilometer zwischen Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf erstreckte, bewegten sich insgesamt 14 Minifinger. Neben klassischen Zielen wie Kohlebunker, Förderbänder und Schienen blockierten wir zum ersten Mal auch Gasinfrastruktur. Mit La Ola-Wellen auf Gaspipelines und einer Party auf der Zufahrt zu einem Gaskraftwerk konnten wir die Blicke auch auf diese Stätten der Klimazerstörung ziehen. Also dort, wo angeblich sauberes fossiles Gas zum Brandbeschleuniger für die Klimakrise wird.

Am frühen Nachmittag erreichte ein weiterer Finger das Gasthaus in Keyenberg. Dort feierten wir die Wiedereröffnung und belebten den Ort von Neuem. Wir stellten uns damit gegen die Strategie RWEs, die versucht, Dörfer vor ihrer physischen Zerstörung sozial zunichte zu machen. Das Gebäude wurde geschmückt und die Kegelbahn wieder zum Laufen gebracht. Anwohner*innen kamen dazu und waren die ganze Nacht bis zum Aufbruch am nächsten Tag anwesend. Die Zerstörung von Dorfgemeinschaften findet lange vor der Zerstörung der Dörfer statt und beides ist Teil des Geschäftsmodells von Konzernen wie RWE.

Alle gegen RWE

Wer am Sonntagmorgen beim gemeinsamen Frühstück mit den Anwohner*innen vor dem Gasthaus dabei war, bekam die besondere Stimmung dieser Tage in den Dörfern mit. Da war sehr viel Solidarität und eine Hoffnung, dass es gemeinsam möglich sein könnte, RWE zu stoppen und die Abbaggerung der Dörfer zu verhindern. Dabei geht es natürlich nicht nur um die Kohle, sondern darum, etwas Neues aufzubauen. Die Menschen in den Dörfern erlebten in diesen Tagen Solidarität von einer vielfältigen Bewegung. Die Proteste waren damit auch ein Zeichen von Gemeinschaft im Kampf gegen die kapitalistische Zerstörungswut. In der Aktion fanden sich die lokalen

Gemeinden in ihrem Kampf um ihre Existenz genauso wieder, wie queere feministische Anliegen, migrantische Kämpfe und die Forderungen, Barrieren zu überwinden. All diese tauchten in den unterschiedlichen thematischen Fingern von Ende Gelände auf. Es sind genau diese Ereignisse, die wir brauchen, um uns unserer eigenen Wirksamkeit zu versichern.

Die Abwehrkämpfe des Kapitals

Diese Wirksamkeit ist es aber auch, die uns immer wieder in das Visier der Polizei bringen. Auch an diesem Wochenende ließen die Bodyguards der Klimazerstörer keine Zweifel daran, für wen sie ihre Knüppel schwingen. Mit massiver Gewalt wurden unsere Aktivist*innen attackiert. Der olivene Finger wurde weit abseits jeder Grube oder jedes Förderbands am Ehrenfelder Bahnhof in der Kölner Innenstadt von Beamten aus dem Zug geprügelt. Auf den bunten Finger hetzten die Beamten*innen ihre Hunde und nahmen in Kauf, dass Menschen in Rollstühlen von den aggressiven Tieren ohne Maulkorb gebissen wurden. Eine Pferdestaffel ritt durch die Menge und verletzte eine Journalistin – kein Versammlungsrecht weit und breit. Das einzige Recht, das die Polizei an diesem Tag bereit war zu schützen, war das Eigentumsrecht von RWE.

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir wissen um die Notwendigkeit der Veränderung. Die brutalen Einsatzstrategien der Polizei machen uns Angst, schüchtern uns aber nicht ein. Wir haben gezeigt, dass wir uns nicht aufhalten lassen. Der Kampf gegen die Klimakrise geht weiter – nicht trotz, sondern gerade wegen Corona. Denn für Klima- sowie Coronakrise gilt: Während Konzerne Milliarden geschenkt erhalten und ungestört weiter Mensch und Planeten ausbeuten, fallen die Kosten auf jene zurück, die schon jetzt am wenigsten haben. Es ist unsere Verantwortung, diesem System etwas entgegenzusetzen. Der Kampf für Klimagerechtigkeit geht weiter und das System der Krisen muss ein Ende haben.

Link: www.ende-gelaende.org

MELDUNGEN

Liebig34 in Berlin wurde geräumt

Das queere feministische Hausprojekt Liebig34 wurde am Morgen des 9. Oktober geräumt. 1.500 Polizist*innen waren dabei im Einsatz. Vor zwei Jahren war ein zehnjähriger Gewerbemietvertrag für den Bewohner*innen-Verein ausgelaufen. In einem langen juristischen Streit gab das Gericht dem Eigentümer recht, dass die Bewohner*innen das Haus verlassen müssen.

Dieses Urteil »zeigt eine Stadtpolitik auf, die im Sinne von Großinvestor*innen und Kapital handelt und nicht im Sinne der Menschen, die diese Stadt beleben und sie maßgeblich seit Jahrzehnten gestalten«, schreiben die Bewohner*innen. Mit der illegalen Räumung gehe nicht nur ein Zuhause verloren, ein kultureller Ort der Begegnung, sondern auch ein zentrales Stück Stadtgeschichte Berlins.

In unserer Dezember-Ausgabe könnt ihr einen ausführlichen Bericht über die Liebig34 lesen.

Link: <http://liebig34.blogspot.de/>

Rondenberg-Massenprozesse beginnen

Nachdem über 80 Aktivist*innen, die 2017 gegen den G20-Gipfel in Hamburg demonstrierten und auf der Straße »Rondenberg« von Polizeieinheiten brutal zerschlagen wurden, von der Staatsanwaltschaft Hamburg unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs Anklageschriften erhalten haben, sind nun die ersten Prozesstermine bestätigt. Der erste Verhandlungstag ist der 3. Dezember. Die Kampagne »Gemeinschaftlicher Widerstand« ruft für Samstag, 28. November, zu dezentralen Aktionen auf, um auf diese Prozesse aufmerksam zu machen: »Da den angeklagten Aktivist*innen keine eigens begangenen strafbaren Handlungen vorgeworfen werden, sondern lediglich deren Anwesenheit bei einer Demonstration zur Last gelegt wird, bei der es zu Straftaten gekommen sein soll, würden Verurteilung das Versammlungsrecht massiv einschränken.«

Weitere Infos:

<https://gemeinschaftlich.noblogs.org>

ANZEIGE



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo / Geschenkabo: 38 € (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., Vorkasse)
Auslandsabo: 48 €
Förderabo: 60 €

Zu bestellen auf: graswurzel.net
Mail: abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

POSTKOLONIALISMUS

Erinnern an Menschen im Widerstand

Straßennamen und Denkmäler sind in die Topologie der Stadt eingebrannte Geschichte. In immer mehr Städten setzen sich postkoloniale Arbeitskreise für die Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit und die Umdeutung von Namen und Erinnerungsorten ein.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Seit Ende August ist es amtlich: Die Mohrenstraße in Berlin wird Geschichte sein. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte hat die Umbenennung der Straße in Berlins Zentrum beschlossen. Sie soll künftig den Namen von Anton Wilhelm Arno (geb. 1707) tragen, dem ersten Philosophen afrikanischer Herkunft an einer preußischen Universität. Der Umbenennung war ein langer Streit vorausgegangen, in dem sich hauptsächlich der Verein »Decolonizing the City« sowie die »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« (ISD Bund e.V) für die »Dekolonisierung« des Straßennamens einsetzten. Sie hatten dem Bürgermeister von Berlin-Mitte eine Petition mit fast 14.000 Unterschriften überreicht.

Ehre für die »Mohren«?

Die Straße, argumentieren sie, erinnere nicht zufällig an Kolonialgeschichte. Sie führt zur Reichskanzlei, wo bei der »Berliner Konferenz« 1884 die europäischen Kolonialmächte den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten. Deutschland bekam Deutsch-Ostafrika, das heutige Namibia, zugeteilt. Aus der Mohrenstraße kommt auch der Sarotti-Mohr, den die gleichnamige Schokoladenmarke als Hommage an den Straßennamen bis 2003 in ihrem Logo trug. In der Uniform eines Dieners serviert er eine Schachtel mit der »Kolonialware« – eine Bildsprache, die stereotype Selbstverständlichkeiten über dunkelhäutige Menschen transportiert. »Nirgendwo bürgert sich ein Straßennamen ein und hält sich 300 Jahre lang, um die darin Bezeichneten zu schmähen«, argumentierte die »Berliner Zeitung« in einem Kommentar gegen die Umbenennung. Doch war das wirklich so gemeint? Das Pejorative sei im Wort des Mohren an sich enthalten, sagt der Politikwissenschaftler Joshua Kwesi Aikins: »Im deutschen Sprachgebrauch bedeutet »Mohr« dumm oder primitiv.« In einem anderen Punkt gibt er der BZ-Auto-



▲ Kritische Erinnerung oder zu viel der Ehre für den Ex-Reichskanzler? Nach langen politischen Debatten wurde der Lübecker »Hindenburgplatz« 2019 zum »Republikplatz«.

Foto: Friederike Grabitz

rin Maritta Tkalec dann aber recht: »Entkolonialisierung geschieht nicht durch die Änderung einiger Straßennamen.«

Menschen im Zoo

Auch in Leipzig setzt sich eine Gruppe, die »Arbeitsgemeinschaft Leipzig Postkolonial«, dafür ein, koloniale Spuren in der Stadt ins öffentliche Bewusstsein zu holen. Sie bietet zum Beispiel postkoloniale Stadtrundgänge an, die unter anderem daran erinnern, dass im Jahr 1876 im Leipziger Zoo auf einer »Völkerwiese« Menschen aus anderen Erdteilen ausgestellt wurden. 1893 bis 1897 gab es hier im Rahmen der Sächsisch-Thüringischen Gewerbeausstellung sogar eine große Völkerschau. Solche postkolonialen Arbeitskreise sind in den letzten Jahren in vielen Städten entstanden, die meisten im

universitären Umfeld. In Hamburg erinnert eine Gruppe an die Völkerschauen im Tierpark Hagenbeck und daran, dass die Stadt auch durch koloniale Systeme reich geworden ist. Als hier die Sanierung des 36 Meter hohen Bismarck-Denkmal für neun Millionen Euro beschlossen wurde, trommelte die Initiative »Intervention Bismarck-Denkmal Hamburg« zu einer Demo dagegen. Der erste deutsche Reichskanzler war für sie ein »Antidemokrat, Kriegstreiber und Wegbereiter des Kolonialismus«, sagte Initiator Dirk Lau in einem NDR-Info-Podcast.

Denkmäler für die Helden des Widerstands

Wie soll mit solchen Denkmälern für umstrittene Persönlichkeiten umgegangen werden? Einige fordern eine

Demontage, andere eine Veränderung der Kontexte oder lediglich zusätzliche Infotafeln. Kodjo Valentin Gläser von der »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« wünscht sich, dass Ortsnamen und Denkmäler nicht nur den SiegerInnen der Geschichte gewidmet werden: »Es gibt so viele Persönlichkeiten im Widerstand. Wir sind keine Opfer, wir sind auch HeldInnen.« Die Stadt Leipzig hat sich schon 1961 daran gehalten: Als der kongolesische Unabhängigkeitskämpfer Patrice Lumumba 1961 umgebracht wurde, errichtete sie ihm kurz darauf ein Denkmal – ein Beispiel für progressive Erinnerungskultur von Staats wegen.

Eine Liste mit Links zu den verschiedenen postkolonialen Initiativen hat die Gruppe »kassel postkolonial« auf ihrer Webseite zusammengestellt: <https://tinyurl.com/yy7kmwxxm>

Überblick: Der deutsche Kolonialismus

Ab 1884 nahm das Deutsche Kaiserreich überseeische Kolonien und so genannte »Schutzgebiete« in Besitz. Ausgangspunkt waren die Initiativen privater Kaufleute, wie Carl Peters, sowie diverser Kolonialgesellschaften, die aus rein wirtschaftlichen Gründen strategisch wichtige Handlungspunkte besetzt hatten. Die Frage, ob das Deutsche Reich Kolonien erwerben sollte, war zunächst umstritten. Reichskanzler Otto von Bismarck hielt es anfangs für ein unnützes und kostspieliges Abenteuer, stellte die Gebiete später doch unter den Schutz des Deutschen Reiches. Mit der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85 wurden zwielichtig erworbene Rechte privater Gesellschaften an überseeischen Besitzungen zu kaiserlichen »Schutzgebieten« und somit zu einem staatlichen Projekt.

Auf Einladung der deutschen Regierung trafen sich im November 1884 die wichtigsten europäischen Mächte mit Kolonialbestrebungen in Berlin, um über die Aufteilung des afrikanischen Kontinentes zu beraten. In der Folge erhielt das Deutsche Kaiserreich die Kolonien Kamerun, Togo, Deutsch-Südwestafrika (heutiges Staatsgebiet Namibia), Deutsch-Ostafrika (heutige Staatsgebiete: Festland-Tansania, Ruanda und Burundi), Kiautschou in China sowie Samoa und Deutsch-Neuguinea im Pazifik und beraubte die dort ansässigen EinwohnerInnen ihres Eigentums, ihrer Würde und Kultur sowie nicht selten ihres Lebens. Eine historische Eigenentwicklung blieb der einheimischen Bevölkerung verwehrt – sie wurde auf die vornehmlich wirtschaftlichen Interessen der Kolonialherren ausgerichtet und fremdgesteuert.

In fast allen Kolonien stießen die KolonialisatorInnen auf mehr oder weniger starken Widerstand der BewohnerInnen. Die deutsche Kolonialarmee schlug jegliche Form des Widerstandes gegen die Inbesitznahme meist blutig nieder. Die zentralen Beispiele für die vielen Kolonialkriege sind der Kampf gegen die Maji-Maji-Bewegung in Ostafrika (1905-1907) und der Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia. Etwa 75.000 Herero und Nama fanden dort 1904/1905 im Krieg gegen die Deutschen den Tod. Offizielle Entschuldigungen von deutscher Seite für diesen Völkermord fehlen bis heute. Die Kolonialzeit des Deutschen Reichs begann offiziell 1884 und endete mit dem Versailler Vertrag 1919.

Der Text stammt von der Webseite von »Leipzig postkolonial«: www.leipzig-postkolonial.de

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Spendenaufwurf: Umbruch braucht Hilfe!

Im September erreichte uns der Spendenaufruf vom Umbruch Bildarchiv. Wir vom Netzwerk Selbsthilfe möchten unseren Platz in der CONTRASTE nutzen, um ihn nochmals zu aktualisieren und weiter zu verbreiten.

Das Umbruch Bildarchiv gibt es seit 1988. Seit über 30 Jahren dokumentieren die Mitarbeitenden dort Aktionen der linken, antifaschistischen und antirassistischen Bewegung und begleiten gemeinsam mit anderen Fotograf*innen und Initiativen laufende Kampagnen mit eigenen Projekten. Im Laufe der Jahre sind dabei zum Beispiel etliche Fotoausstellungen entstanden: Über Kreuzberg und das Berlin der 1980er Jahre, die Veränderung der Kieze durch Gentrifizierung und vielfältige Proteste, über Zwangs-

räumungen, frühere und aktuelle Häuserkämpfe, über den Kampf der Geflüchteten gegen die Residenzpflicht und die Vertuschung des Mordes an Oury Jalloh. Mittlerweile beherbergt Umbruch weit mehr als 100.000 Fotos und stellt sie als Webgalerien ins Netz. Die neue Webseite sorgt für Übersicht und lädt dank der Schlagwortsuche zum Stöbern ein. Ein guter Fundus, um Publikationen aller Art zu gestalten. Dabei unterstützt auch das Umbruch Bildarchiv auch bei der Gestaltung von Publikationen. Sie beraten bei der Bildauswahl und den Texten, erledigen das Layout und kennen gute und günstige Druckereien. Generell ist es erwünscht, eigene Fotobeiträge einzureichen, schließlich kann Umbruch nicht überall sein.

Seit 2004 ist das Bildarchiv ein gemeinnütziger Verein. Und alle Mitwirkenden waren froh,

der vorherigen Struktur eines »Wirtschaftsbetriebes« entronnen zu sein, der dem Anliegen, politisch und kulturell zu agieren, eh nie entsprochen hatte. Aber ein gemeinnütziger Verein funktioniert nur, wenn er Fördergelder oder ausreichend Mitgliedsbeiträge bekommt. Die regelmäßigen Spenden decken dabei kaum die Hälfte der laufenden Kosten. Selbst wenn es gelingt, die gesamte Lause 10, wo Umbruch seit Jahren sein Büro hat, in eine selbstorganisierte Genossenschaft umzuwandeln, werden ab Herbst deutlich höhere Mietkosten anfallen. Die geringen Einnahmen aus Bildhonoraren, Projekten und ähnlichem werden spätestens dann nicht mehr ausreichen – ganz abgesehen von den durch das Corona-Virus nach wie vor erschwerten und finanziell nachteiligen Arbeitsbedingungen für Fotograf*innen.

Gesucht werden solidarische Menschen, welche die nicht-kommerzielle Arbeit des Umbruch Bildarchivs fördern möchten. Werdet Fördermitglied! Beteiligt euch mit Einzelspenden in der euch möglichen Höhe. Jeder Dauerauftrag über fünf, zehn oder mehr Euro ist ein wichtiger Beitrag, damit das Umbruch Bildarchiv langfristig erhalten bleibt – gegen die Unterbelichtung der linken Bewegung!

Kontoverbindung:
Postbank Berlin
IBAN: DE40 1001 0010 0000 1981 00
BIC: PBNKDEFF
Stichwort: Spende

Stella Napieralla

Auch die CONTRASTE-Redaktion hat immer wieder auf das Umbruch Bildarchiv zurückgreifen können, um Artikel zu bebildern. Vielen Dank dafür!

NACHHALTIGER AKTIVISMUS

Räume zur Erholung und Reflektion schaffen

Wie können wir gemeinsam am sozial-ökologischen Wandel arbeiten, ohne dabei auf Dauer selbst zu verschleißen? Das Projekt »Zähne putzen« gibt eine mögliche Antwort auf diese Frage - und vermittelt Aktivist*innen an tauschlogikfreie Retreatorte, die häufig von Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Eileen ist bei »Zähne putzen« aktiv und beantwortete die Fragen von CONTRASTE-Redakteurin Regine Beyß.

Was genau verbirgt sich hinter dem Projekt »Zähne putzen«? Wie ist das Projekt entstanden?

Die Idee für »Zähne putzen« ist auf dem Symposium »Rebell*innen des Friedens« (Mai 2019, Gemeinschaft Sulzbrunn) entstanden. Dort wurde deutlich, dass sowohl vielfältige Gruppen von Aktivist*innen als auch die Gemeinschafts- und Kommunebewegung an einem sozial-ökologischen Wandel arbeiten. Die einen organisieren widerständige Aktionen, die anderen versuchen, Räume zu schaffen, in denen eine zukunftsfähige Gesellschaft sichtbar werden und wachsen kann. Diese beiden Impulse sind bislang häufig wenig miteinander verknüpft. Unsere Idee ist, dass sie sich vernetzen und gegenseitig unterstützen, um gemeinsam mehr Wirkung zu entfalten. In Sulzbrunn haben viele Aktivist*innen berichtet, dass ihnen nach Aktionen oft Rückzugs- und Erholungsorte fehlen – die brauche es aber, um nachhaltig aktiv sein zu können. Von Menschen aus den Gemeinschaften kam der Impuls, solche Rückzugsräume zur Verfügung zu stellen, um Aktivist*innen eine Auszeit zu ermöglichen.

Wie organisiert ihr euch? Wie können sich Aktivist*innen an euch wenden?

Wir haben von jedem Retreatort in unserem Netzwerk ausführliche Informationen eingesammelt, inklusive einer Ansprechperson vor Ort. Diese ganzen Daten haben wir geordnet, gesammelt und pflegen sie auf einer verschlüsselten Online-Datenablage. Aktivist*innen können uns per Mail kontaktieren, bei Bedarf verschlüsselt. Wir fragen dann in der Regel die Wünsche und Bedürfnisse der Person ab und suchen anhand dessen einen passenden Platz heraus. Wenn es an diesem Platz ebenfalls passt, in dem angefragten Zeitraum eine oder mehrere Person(en) aufzunehmen, bringen wir beide Parteien direkt in Kontakt. Auch danach stehen wir natürlich weiterhin für Fragen oder bei Problemen zur Verfügung.

Wie viele Gemeinschaften beteiligen sich an dem Projekt? Was können die Gemeinschaften den Aktivist*innen anbieten?

Aktuell stellen 21 Gemeinschaften aus den Netzwerken GEN-D (Global Ecovillage Network Deutschland) und Kommuja (Netzwerk der politischen Kommunen) über das Zähne putzen-Projekt Rückzugsräume für Aktivist*innen zur Verfügung, außerdem acht weitere Wohnprojekte und fünf Privatpersonen. Neben den Räumen und der Verpflegung, die den Aktivist*innen meist tauschlogikfrei angeboten werden, gibt es an den Plätzen in der Regel auch Austausch und sozialen Anschluss zu Gleichgesinnten. Die Aktivist*innen können das Gemeinschaftsleben kennenlernen, sich aber auch zurückziehen. Darüber hinaus fragen wir jede Person oder Gruppe in unserem Netzwerk, ob sie die Aktivist*innen auch emotional begleiten könnten. An einigen Orten leben zum Beispiel (Trauma-)



▲ Auch in Projekten für eine bessere Welt können Menschen sich verbrennen, verzweifeln oder depressiv werden. Erholung und Reflektion sind daher ein wichtiger Bestandteil von nachhaltigem Aktivismus. Foto: Pixabay

Therapeut*innen, Coaches oder Visionssucheleiter*innen, die bereit sind, Menschen bei Bedarf zu unterstützen.

Ihr schreibt, ihr habt ein »weites Verständnis« von Aktivismus. Was meint ihr damit?

Oft denken Menschen beim Wort »Aktivismus« vor allem an Aktivist*innen, die in Besetzungen leben oder irgendetwas blockieren. Wir sehen aber, dass es ebenso die vielen Menschen braucht, die zum Beispiel kochen, Camps aufbauen, Pressearbeit machen, Antirepressions-Unterstützung leisten oder im Hintergrund organisieren, um Blockaden oder Besetzungen zu ermöglichen. Zudem verstehen wir »Zähne putzen« als intersektionales Projekt, das heißt, wir bieten nicht nur Retreatplätze für Aktivist*innen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, die gerade viel mediale Aufmerksamkeit erfahren, sondern laden auch ausdrücklich Menschen ein, die zum Beispiel in der Geflüchtetenhilfe, antifaschistischen oder queere feministischen Kämpfen aktiv sind.

Seid wann läuft das Projekt und wie viele Aktivist*innen konntet ihr schon an Gemeinschaften vermitteln?

Nach einer kurzen Findungsphase von drei Monaten konnten wir bereits im August 2019 die ersten Menschen an einen Retreatort vermitteln. Damals waren wir noch mitten im Projekt-aufbau und unser Netzwerk solidarischer Orte war viel kleiner als heute. Im November 2019 hatte sich unser Angebot bereits soweit herumgesprochen, dass wir seither regelmäßig Anfragen bekommen. Inzwischen haben wir trotz einer coronabedingt längeren Pause im Frühjahr 2020 etwa 75 Menschen im Rahmen von »Zähne putzen« vermittelt. Auch unser Netzwerk ist in dieser Zeit auf über 30 Plätze gewachsen.

Bekommt ihr Rückmeldungen von den Aktivist*innen? Wenn ja, wie sehen die aus?

Wir bekommen häufig viel Dankbarkeit dafür, dass wir dieses Netzwerk zur Verfügung stellen. Und wir bekommen zurückgemeldet, dass die Aktivist*innen die Retreatzeit tatsächlich gut nutzen konnten, um sich zu erholen. Manchmal bekommen wir auch das Feedback, dass der Kontakt und die Vermittlung angenehm und unkompliziert laufen.

Allerdings erleben wir leider hin und wieder auch Frust, wenn wir Menschen absagen müssen, deren Anfrage inhaltlich nicht in das Projekt passt.

Wieso sind solche Rückzugsräume so wichtig? Ist der Bedarf größer geworden?

Auch das Wirken für eine gesellschaftliche Veränderung kann im persönlichen Alltag Züge annehmen, die nicht mehr weit weg sind vom üblichen Hamsterrad kapitalistischer Arbeitsverhältnisse. Ob es um den Widerstand gegen einen Braunkohletagebau, eine Massentierhaltungsanlage, diskriminierende Systeme oder die Unterstützung von Geflüchteten geht: Solche Vorhaben können in einem Ausmaß belasten und Energie erfordern, dass es unter Umständen irgendwann auch nur noch ums Durchhalten geht, unter Verlust des Zugangs zu der eigenen Empfindsamkeit und Lebendigkeit. Auch in Projekten für eine bessere Welt können Menschen sich verbrennen, verzweifeln oder depressiv werden. Und auch in Aktivist*innenkreisen fallen dann häufig die, die es nicht mehr schaffen, durch das Raster und aus den sozialen Bezügen. Sie verlieren Freundschaften, weil sie einfach nicht mehr da sind, oder auch weil sie die anderen »im Stich lassen«. Sei es aus eigener Scham, oder weil die, die weiter machen, sich abgrenzen müssen, um weitermachen zu können. Die Aufgabe, unseren Aktivismus zu leben, wirksam zu sein, ohne uns selbst zu verschleißen, ist vielfach noch nicht gut gelöst.

Ein Baustein, um einen nachhaltigen Aktivismus zu ermöglichen will das »Zähne putzen«-Projekt sein. Es will Aktivist*innen Räume zur Verfügung stellen, in denen sie sich zurückziehen und erholen können, in denen Reflektion und Orientierung, auch Bewältigung von Erlebtem möglich ist.

Ob der Bedarf größer geworden ist, finde ich schwer zu sagen, immerhin gibt es uns ja erst seit gut einem Jahr. Der Bedarf ist auf jeden Fall deutlich spürbar da, und es ist gut, dass der jetzt auch gedeckt werden kann.

Ihr arbeitet auch daran, psychologische und juristische Unterstützung anzubieten. Wie gut klappt das bisher?

Psychologische bzw. emotionale und juristische Unterstützung bieten wir nicht unmittelbar selbst an, sondern arbeiten dafür mit anderen Menschen und Organisationen zusammen.

In einigen Gemeinschaften, die Teil unseres Netzwerkes sind, gibt es solidarische Bewohner*innen, die therapeutische Qualifikationen haben, als Coach tätig sind oder ähnliches. Wenn Menschen uns mit einer entsprechenden Anfrage kontaktieren, vermitteln wir sie an einen Platz, wo sie die Möglichkeit haben, sich Unterstützung zu holen. Darüber hinaus arbeiten wir mit den Organisationen »Psychologists for Future« und »Out of Action« zusammen. So können wir Menschen weiter verweisen, die schwere psychische Probleme haben, die in den Gemeinschaften nicht aufgefangen werden können, oder eine länger andauernde Betreuung benötigen, oder die eine emotionale Begleitung suchen, ohne das mit einem Retreat an einem bestimmten Ort zu verbinden.

Bei juristischen Fragen arbeiten wir ebenfalls mit einer entsprechend qualifizierten, solidarischen Person zusammen. Allerdings haben wir auf dieses Angebot (zum Glück) bisher noch nicht zurück greifen müssen.

Ihr habt ein sogenanntes »Off-Wave Get-Together« organisiert. Was können wir uns darunter vorstellen?

Das Off-Wave Get-Together fand zwischen den ersten beiden Aktionswellen von #by2020WeRiseUp statt, eine Zeit also, in der es für viele Aktivist*innen galt, Kraft für das Bevorstehende zu sammeln und sich zu erholen. In der Zeit des Projektaufbaus habe ich mehrere Menschen kennengelernt, die sehr dankbar waren, dass es ein solches Unterstützungsnetzwerk nun endlich gibt, und die zugleich unzählige Ideen hatten, wozu diese Projekt genutzt werden oder welche Aspekte es noch mit abdecken könnte. Deshalb entschieden wir uns, in der Zeit zwischen den beiden Aktionswellen ein größeres Treffen interessierter Menschen aus unterschiedlichsten Gruppen zu organisieren und mit ihnen zusammen zu überlegen, was die politische Bewegung im Hinblick auf nachhaltigen Aktivismus braucht und was davon wir im Rahmen von »Zähne putzen« umsetzen können. Zugleich sollte das Get-Together aber auch ein Raum gelebter Utopie sein und die Möglichkeit zur Erholung bieten.

Könnte das Projekt noch Unterstützung gebrauchen? Wenn ja, in welcher Form?

Wir freuen uns über Spenden, da wir bislang neben unseren ohnehin recht vollen Alltags und weiteren Projekten nicht nur komplett unentgeltlich viele, viele Arbeitsstunden in »Zähne putzen« gesteckt haben und das auch weiterhin tun, sondern in der Regel auch selbst für anfallende Kosten, wie Fahrt- und Bürokosten und Infomaterial aufkommen. Außerdem würden wir uns sehr über eine solidarische Person freuen, die für uns zuverlässig bei IT-Fragen ansprechbar wäre und zum Beispiel Änderungen auf der Homepage übernimmt, für die in unserem Team aktuell das Fachwissen fehlt.

Link: <https://aktivisti-retreat.org>
Kontakt: retreat_in_gemeinschaften@riseup.net
Spendenkonto:
GEN Deutschland e.V.
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE59 4306 0967 1166 8372 00
BLZ: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: PROJEKT ZÄHNE PUTZEN

ANZEIGE

Kohle gegen Kohle!

Solidarität mit der Klimabewegung!

Spendet!
Stichwort: Klimaproteste
Rote Hilfe e.V.
IBAN: DE25 2605 0001
0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
ROTE HILFE E.V.

ANTI-ATOM-WIDERSTAND VOR 40 JAHREN

Das Hüttendorf 1004 in Gorleben



▲ Das Hüttendorf 1004 wurde mit einem großen Polizeiaufgebot geräumt, die Besetzer*innen leisteten gewaltfreien Widerstand.



▲ An der Bohrstelle 1004 war gemeinsam ein großes Dorf gebaut worden, in dem Veranstaltungen, Diskussionen und gemeinsame Aktivitäten stattfanden.
Fotos: Günter Zint / Gorleben-Archiv

Vor 40 Jahren räumten und zerstörten Polizeieinheiten am 4. Juni 1980 das Hüttendorf 1004 in einem Wald bei Gorleben, wo die Republik Freies Wendland als Gegenentwurf zur Bundesrepublik Deutschland proklamiert worden war. Ein Rückblick auf die Anti-AKW-Bewegung im Wendland.

GASTON KIRSCH, HAMBURG

Das Foto zeigt sie, wie sie zu Hunderten dicht gedrängt zusammensitzen. Eine Fahne mit der Aufschrift »Atomkraft? Nein danke!« und der lachenden Sonne auf hellem Grund ist an einem abgeschnittenen Ast befestigt. Es ist trocken, aber viele tragen Ostfriesennerze oder dicke Jacken, auch Halstücher und Schutzbrillen gegen Tränengas; jeder Dritte hat einen Motorradhelm aufgesetzt. Teilweise sind noch die Städte- und Gruppenkürzel zu sehen: »Gö II«, »B 6«, »HH A«. Hinter ihnen stehen große, aus Ästen und Baumstämmen zusammengebaute Hütten, auch ein großes Gewächshaus, ein hölzernes Gestell, mit Plastikplanen überzogen. Dahinter wiederum sieht man mehrere Reihen von Polizisten, vor sich große Plexiglasschilder, lange Knüppel in der Hand, weißer Helm, grüne Uniform.

Die Aufnahme entstand am Morgen des 4. Juni 1980, kurz bevor mehrere Tausend Beamt*innen von Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) – inzwischen heißt diese bis zum Schengener Abkommen paramilitärische Truppe Bundespolizei – das Hüttendorf 1004 räumten. Seit dem 3. Mai desselben Jahres war dort ein Dorf mit über 100 Hütten entstanden. Mehr als 2.000 AKW-Gegner*innen saßen am 4. Juni untergehakt auf dem sandigen Boden und weigerten sich, freiwillig zu gehen.

Die Schwarzweißfotografie von Günter Zint ist auf dem Titel eines

Faltblatts abgedruckt, mit dem das Gorleben-Archiv e. V. über seine Arbeit informiert. Das Archiv dokumentiert den Widerstand gegen die Planungen für ein »Nukleares Entsorgungszentrum Gorleben«, die der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) am 22. Februar 1977 vorstellte: Im dünn besiedelten Landkreis Lüchow-Dannenberg an der Grenze zur DDR sollten eine große Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstäbe und ein Endlager für den bundesdeutschen Atommüll entstehen. Bereits drei Wochen später gründete sich die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Die genauen Umstände beschreibt deren langjährige Vorsitzende, die 2016 verstorbene Marianne Fritzen, in dem im Dezember 2019 vom Gorleben Archiv veröffentlichten Buch »Mein lieber Herr Albrecht...!« Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte«, das 34 Gespräche mit Zeitzeug*innen enthält.

Anlass der Veröffentlichung war der 40. Jahrestag des Trecks nach Hannover vom 25. bis zum 31. März 1979. 500 Traktoren fuhrten damals von Gorleben in die Landeshauptstadt. Zur Abschlusskundgebung kamen fast 100.000 Menschen. Die Planungen für das Atommüllendlager in Gorleben liefen weiter. »Das war ziemlich brutal, weil die Probebohrungen danach sofort weitergegangen sind, als hätte es Hannover gar nicht gegeben«, erzählt Elke Janning in »Mein lieber Herr Albrecht...!«. 1979 fuhr sie als junge Bäuerin einen der Trecker nach Hannover. Im Interview sagt sie: »Für mich hat das alles die Erfahrung gebracht, dass ich mich wehren muss, dass ich viel mehr hinterfragen muss.« Wolfgang Eisenberg, der 1978 aus Kassel ins Wendland zog, erinnert sich in dem Buch an die politische Stimmung, die in Lüchow-Dannenberg herrschte:

»Damals war der Landkreis noch tiefschwarz. Die NPD hatte in den siebziger Jahren hier ja zweistellige Wahlergebnisse. Diese Leute waren alle auch gegen Gorleben.« Auch in einer BI-Ortsgruppe habe es »solche Rechte« gegeben.

»Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«

In den Räumen des Gorleben-Archivs in Lüchow gibt es nicht nur dieses Buch. Material aus über vier Jahrzehnten Protestgeschichte ist dort zugänglich. Am Anfang war es keineswegs ausgemacht, dass im Landkreis Lüchow-Dannenberg Protest gegen Atomkraft populär werden würde. »1976 war Gorleben ein etwas verschlafenes Dorf im nordöstlichen Niedersachsen«, schreibt Wolfgang Ehmke, der heutige Pressesprecher der BI, in dem 2013 im Laika-Verlag erschienenen Mediabuch »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv IV«. Dieses dokumentiert den ländlich geprägten Widerstand rund um Gorleben, den Ehmke beschreibt als »das Verzögern von Projekten, die sich dann mangels Wirtschaftlichkeit für die profitorientierten Konzerne nicht mehr rechneten«. So nahm die Atomwirtschaft von dem Plan Abstand, in Gorleben eine Wiederaufarbeitungsanlage für radioaktive Brennstäbe zu bauen – stattdessen wurde Wackersdorf im bayerischen Grenzgebiet zur Tschechoslowakei zum neuen Standort erkoren. Die Pläne scheiterten am hartnäckigen Protest vor Ort.

Die Festlegung auf Gorleben als Standort für das Atommüllendlager wurde inzwischen zurückgenommen. 2017 versprach die Bundesregierung, »ergebnisoffen« nach einem Standort für das Endlager zu suchen. 1982 begann in Gorleben der Bau eines Zwischenlagers für Atommüll. 1984 erreicht der erste Transport mit leicht radioaktivem Material das Lager. Zwischen 1995 und 2011 wurde dort auch hochradioaktiver Atommüll eingelagert – begleitet von Protesten mit Sitzblockaden bis hin zur Demontage von Straßen und Schienen auf den Anfahrtswegen. 1979 gab die niedersächsische Landesregierung unter Albrecht bekannt, auf die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage für Atombrennstäbe in Gorleben zu verzichten.

Anfang 1980 liefen die Vorbereitungen für den Bau des geplanten Endlagers. Der Atommüll sollte in dem unter Gorleben verlaufenden Salzstock eingelagert werden, weil dieser geologisch angeblich besonders stabil und dicht sei. »Durch die bergmännische Erschließung besteht die Gefahr, dass der Salzstock Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle genutzt wird, obwohl er dafür nach international geltenden Kriterien nicht geeig-

net ist«, kritisierte die BI. »Da andere Salzstöcke nicht untersucht werden, besteht der begründete Verdacht, dass der gläubigen Bevölkerung mit den Tiefbohrungen nur eine Prüfung des Salzstockes vorgespielt wird.« Um die Festlegung auf den Salzstock Gorleben zu rechtfertigen, sollten Probebohrungen und weitere geologische Prüfungen stattfinden. Dafür wurden die Tiefbohrstellen 1002 bis 1005 festgelegt. Der Ort für das geplante Tiefbohrloch 1004 befand sich in einem Waldgebiet auf dem Gebiet der angrenzenden Gemeinde Trebel. Nach einem Waldbrand standen dort nur noch Baumstümpfe, es war eine sandige Brachfläche. Aber es gab einen Waldweg dorthin, und so demonstrierten dort Ostern 1980 viele Frauen, die an einem internationalen Widerstandstreffen im Landkreis teilgenommen hatten. Es wurde dazu aufgerufen, die Tiefbohrstelle 1004 zu besetzen.

Besetzung gegen die Probebohrungen

Dem von der BI herausgegebenen Mitteilungsblatt Gorleben-Rundschau zufolge sagte eine Rednerin: »Wir wehren uns gegen das Bild von der sanften und friedfertigen Frau. Wir sind wütend!« Die 2019 verstorbene Lieselotte Wollny, genannt »Lilo«, gehörte zu dem kleinen Kreis, der die BI gegründet hatte, und wurde später als parteilose Kandidatin über die niedersächsische Landesliste der Grünen in den Bundestag gewählt. Das Mitteilungsblatt 2017 zitierte sie mit den Worten: »Wir hatten niemals mit so vielen Frauen gerechnet, und Irritationen in der Landkreisbevölkerung blieben natürlich nicht aus.« An den Tiefbohrstellen 1002 und 1003 wurde bereits mit schwerem Gerät bis in den Salzstock hinunter gebohrt. Die Zeit drängte: Der Platz sollte besetzt werden, bevor die Polizei ihn abriegeln und in eine Festung verwandeln konnte.

Am 3. Mai war es so weit: Tausende Menschen demonstrierten zur Tiefbohrstelle 1004. Bei strahlendem Sonnenschein, hinter einem improvisierten kleinen Lautsprecherwagen – einem PKW, der vor allem mit bunten Luftballons dekoriert worden war – machte sich ein langer Zug auf einem staubigen Waldweg auf zur Bohrstelle. Die Besetzung war gut geplant. »Das Freundschaftshaus war von Zimmerleuten im Vorfeld vorbereitet worden. Es war sozusagen ein fertiger Bausatz, der nach Erreichen des Bohrplatzes nur noch aufgestellt werden musste«, sagte Wollny 2010 dem Portal wendland.net. »Es war das einzige Haus, das vorgeplant war. Ich glaube, es hatte sein Vorbild in der Platzbesetzung in Wyhl (1975 wurde der in der Nähe des baden-württembergischen Wyhl gelegene Bauplatz des Atomkraft-

werks Süd besetzt, Anm. d. Autors), es sollte zum Versammlungsort und zum Mittelpunkt des entstehenden Hüttendorfes werden.«

Ziviler Ungehorsam und Gewaltfreiheit

Das symmetrische achteckige Haus mit Platz für 200 Personen wurde der zentrale Anlaufpunkt im Dorf; hier fanden auch die abendlichen Sitzungen des Sprecherrats statt, an dem Delegierte aus den Bezugsgruppen der Besetzenden teilnahmen, die oft jeweils eine größere Hütte bewohnten. Entscheidungen wurden im Konsens getroffen, der Ausbau und Betrieb des Dorfes geplant und die Frage aller Fragen debattiert: Was tun, wenn die Polizei räumt? Die BI Lüchow-Dannenberg hatte große Bedenken, dass radikale Linke aus den Großstädten ihr Konzept des zivilen Ungehorsams und der Gewaltlosigkeit nicht mittragen würden. Da ein Großteil der dauerhaft im Hüttendorf lebenden Menschen aus den linksradikalen Milieus der Großstädte kam, war diese Sorge nicht unbegründet. Aber das Bündnis hielt. Die zunächst nur wenigen Aktiven aus dem Landkreis hatten ein Konzept entwickelt, das gewaltlos, aber nicht legalistisch war – Gesetzesübertretungen wie die Besetzung waren ebenso vorgesehen wie lediglich passiver Widerstand gegen die Polizei bei einer möglichen Räumung.

Während auf der Brachfläche ein Dorf entstand, in dem viele Veranstaltungen, Diskussionen und gemeinsame Aktivitäten stattfanden, ging das Leben der Mehrheit in den umliegenden Dörfern nahezu unberührt weiter. Dem Buch »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv IV« liegen drei DVDs mit Filmen der Wendländischen Filmkooperative bei, darunter der Film »Der Traum von einer Sache«, der 1981 in die Kinos kam. Dieser stellt dem Leben im besetzten Hüttendorf 1004 den Alltag in den umliegenden Dörfern gegenüber. Die Bewohner*innen zeigen auf Nachfrage des Filmteams viel verlegene Indifferenz und auch Ablehnung. »Die bezahlen ja alle mit 100-Mark-Scheinen. Das können doch keine Studenten ohne Geld sein, die werden von der DDR bezahlt«, sagt etwa ein älterer Mann mit Cordhütchen. Damals war in Westdeutschland die antikomunistische Unterstellung gängig, Linke würden von der DDR finanziert und gesteuert. Daneben gab es auch den Vorwurf der Nähe zur RAF. Eisenberg sagt in »Mein lieber Herr Albrecht...!«: »Es wurde behauptet, das sind die bösen Linken, die haben sich jetzt hier Zweitwohnsitze gekauft. Das sind alles verkappte Terroristen.«

Die Fortsetzung des Artikels lest ihr auf Seite 7 oben.

ANZEIGE

Ossietsyky

Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Werner Boldt

Heute wie damals? Carl von Ossietzky und die Weimarer Republik

• Themenheft •

20

23. Jahrgang
17. Oktober 2020 € 2,80

18 Gedanken und Thesen von Rolf Gössner zum alptrauhaften Corona-Ausnahmestand

52 Seiten, 3 Euro

Bestellung

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)

Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-

Jahresförderabo € 104,-

Ossietsyky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre
ossietsyky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596
www.ossietsyky.net

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Die im Hüttendorf 1004 lebenden Menschen hatten damals alle im Parlament vertretenen Parteien gegen sich, nicht nur die niedersächsische CDU-Landesregierung unter Albrecht. Der sagte am 30. Mai, wenige Tage vor der Räumung des Hüttendorfes: »Wir werden dafür sorgen, dass in Niedersachsen die elektrischen Lichter nicht ausgehen!« Auch die damalige sozialliberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) protegierte den Ausbau der Atomenergie. Bundesinnenminister Gerhart Baum, ein in seiner Partei als links geltender FDP-Politiker, sagte, die Probebohrungen seien zur Erkundung des Salzstocks von Gorleben erforderlich, das Hüttendorf 1004 müsse deshalb geräumt werden. Die einmütige Unerbittlichkeit der Parteien galt auch im Landkreis. So versuchten zwei Beamte, den Besetzenden am 22. Mai einen »Amtlichen Hinweis« des Landkreises zu überreichen, »im eigenen wohlverstandenen Interesse die widerrechtliche Besetzung unverzüglich unter Mitnahme ihrer Habe aufzugeben und sich darauf zu besinnen, ihre Meinung im Rahmen des geltenden Rechts kundzutun«, wie die »Elbe-Jeetzel-Zeitung« am 23. Mai 1980 zitierte. Im Gorleben-Archiv lassen sich dieser Artikel und ähnliche finden.

» Hochverrat gegen die BRD «

Innenminister Niedersachsens war 1980 Egbert Möcklinghoff (CDU). Der Jurist, der bereits als Offizier der Wehrmacht für Nazideutschland gekämpft hatte, wurde 1981 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. In einem Interview mit dem NDR verurteilte er die Besetzung als »Hochverrat gegen die Bundesrepublik Deutschland«, weil ein Teil des Territoriums der Bundesrepublik abgespalten werde. Das Hüttendorf 1004 war von den Atomkraftgegner*innen zur »Republik Freies Wendland« erklärt worden. Am »Grenzübergang« war bei der Ausreise aus dem Hüttendorf ein Warnschild zu sehen, auf dem »Halt, BRD. Vorsicht, Schusswaffen« stand – eine Kritik an Erschießungen bei Polizeieinsätzen. Wer ins Dorf einreiste, konnte gegen eine Spende von zehn D-Mark einen »Wendenpass« mit Stempel bekommen, auf dem das Symbol der Republik Freies Wendland zu sehen war: eine stilisierte Sonne. Die wehte auch als Fahne: gelbe Sonne auf grünem Grund. Auf dem Gelände wurde überall gebaut, gewerkt, musiziert, diskutiert und gefeiert.



▲ Dieses Zitat ist bis heute vielen in Erinnerung geblieben: »Turm und Dorf könnt ihr zerstören, nicht aber unsere Kraft, die es schuff!« Foto: Günter Zint / Gorleben-Archiv

Keine der mehr als 100 Hütten sah wie die andere aus. Neben Zimmerleuten auf der Walz, die gerne im Dorf lebten, bauten viele mit, die so etwas zum ersten Mal machten. Einige hatten geniale Ideen. So wurde beim großen Frauenhaus die Südwand aus leeren Flaschen mit Beton in den Zwischenräumen hochgezogen. Tagsüber heizten sich die Flaschen auf, nachts gaben sie Wärme ab. Ausrangierte Fenster aus den Dörfern der Umgebung wurden eingebaut, viel Brandholz und von Menschen aus der Umgebung gespendete Bretter und Baumstämme wurden verbaut. Es gab ein Meditationshaus, eine Kirche, das große Freundschaftshaus, eine Sauna, Badehütten, Gewächshäuser, ein Klinikum, einen Friseursalon, eine Mülldeponie, eine Ponyreitanlage für Touristen, einen Schweinestall, zwei

hohe Türme mit Ausgucken und eine acht Meter hohe Schiffsschaukel.

Im nahen Wald wurde eine Latrinerei eingerichtet. Nachdem es zu Beginn kein fließendes Wasser gab, wurde ein Brunnen gebohrt und ein Leitungsnetz verlegt. So gab es Wasser zumindest im Küchenhaus und zum Duschen. Ein paar Bauarbeiter aus Dannenberg konstruierten eine Solar-dusche, andere aus dem Dorf bauten ein Windrad. Es war anstrengend und viele führen zwischendurch in ihre Wohnorte, um sich auszuschlafen, sich richtig zu waschen und frische Kleidung zu besorgen.

Nach zwei Wochen Besetzung sendete der Piratensender »Radio Freies Wendland« das erste Mal von einem der Türme. In der »Elbe-Jeetzel-Zeitung« wurde jeden Tag ein Veranstaltungsangebot veröffentlicht. Es gab Theateraufführungen, Konzer-

te und Vorträge. Ein Höhepunkt war das Pfingstwochenende: Über 5.000 Neugierige schauten sich das Dorf an; am Samstagabend gab der bundesweit bekannte Liedermacher Walter Moßmann ein Konzert mit seinen Anti-Atom-Liedern.

Traum von einem anderen Leben

Das sehen auch andere so, die damals dabei waren: »Die Freie Republik Wendland wurde aber viel mehr als eine Platzbesetzung«, meint Rebecca Harms, die die BI mitgegründet hatte und später Landtags- und Europaabgeordnete der Grünen war, in »Mein lieber Herr Albrecht...!«. »Die Freie Republik Wendland verband sich für viele auf dem Platz mit dem Traum von einem anderen Leben.« Innenminister Möcklinghoff dagegen »soll bei einem Besuch im Wendland gesagt haben, dass die scheinbare Idylle und das ärmliche und rechtschaffene Bild nur Kulisse seien«, erklärte Birgit Huneke vom Gorleben-Archiv dem Autor. »Eine Holzhütte mit der Bezeichnung »Fritz-Teufel-Haus« hielt für die Anschuldigung der Lüneburger Bezirksregierung her, die Republik Freies Wendland sei ein Refugium für Terroristen.« Teufel stand damals wegen des Vorwurfs, als Mitglied der Bewegung 2. Juni an der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz beteiligt gewesen zu sein, vor Gericht.

Die »Elbe-Jeetzel-Zeitung« titelte am 3. Juni 1980: »Polizei erwartet Gewalttätigkeiten«. Die Räumung könne nicht gewaltfrei verlaufen, weil sich »Bremer und Göttinger Gruppen mit Ausrüstungsgegenständen im weitesten Sinne in dem Anti-Atom-Dorf befänden«, hieß es in dem Artikel. In Bremen war am 6. Mai ein Bundeswehrgelöbnis militant gestört worden, dies diente zur Legitimation der Räumung. Den Besetzer*innen wurden unter anderem ein Verstoß gegen die Campingverordnung vorgeworfen. Am 4. Juni marschierten über 3.000 Polizist*innen und Beamt*innen des BGS auf und kreisten das Hüttendorf 1004 ein. In einem »Bürgerkriegsszenario«, wie Harms es rückblickend nennt, verbreitete vor allem der paramilitärische BGS Angst: Die Beamt*innen fuhren Räumpanzer auf und ließen ihre schweren Transporthubschrauber lange tief über dem Dorf kreisen. Sie wirbelten den staubigen Sand der Brachfläche auf. Nach der Landung stürzten die Kommandos heraus – einige der Beamt*innen hatten sich die Gesichter schwarz

angemalt, um noch bedrohlicher zu wirken. Mit erhobenem Schild und Knüttel gingen sie vor, schlugen auf die am Boden sitzenden Hüttendorfleute ein, um einzelne zum Wegtragen oder -schleifen herauszulösen.

Bis zuletzt sendete Radio Freies Wendland von einem der Türme: »Die Leute, die abgeräumt werden, machen gar nichts und werden trotzdem zusammengetreten. Einer kann sich schon kaum noch rühren. Es ist ein Wunder, dass sich der Rest noch an die Abmachung hält und nicht zurückschlägt, keinen Widerstand leistet.« Trotzdem wurde das Konzept des gewaltlosen Widerstands eingehalten. Die Polizei brauchte nur wenige Stunden, um fast alle aus dem Dorf zu transportieren. Sobald eine Hütte geräumt war, zerstörte die Polizei sie mit einem Bulldozer oder einer Planierdrape. Zuletzt wurden die Türme zum Einsturz gebracht. 40 Jahre ist das her. »Doch der für eine ganze Generation identitätsstiftende Geist der Freien Republik Wendland hat sich bis in die Auseinandersetzungen um die Atommülltransporte nach Gorleben niedergeschlagen«, resümiert das Gorleben-Archiv.

Zum Weiterlesen:

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv IV - Gorleben, Gronau, Asse und der Castor-Widerstand. Bibliothek des Widerstands Band 24. 2013, 192 Seiten plus fünf Filme auf drei DVDs, Laika Verlag, ISBN 978-3-942281-26-3, 29,90 Euro.

»Mein lieber Herr Albrecht...!« Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte.

34 Gespräche mit Zeitzeug*innen. 2019, 192 Seiten DinA 4, 20 Euro.

Herausgeber: Gorleben Archiv. Verlag jeetzelbuch. ISBN 978-3-928117-90-6

Gorleben Archiv, Rosenstraße 17, 29439 Lüchow, buero@gorleben-archiv.de



INTERVIEW MIT ZEITZEUGEN

» Hier passiert jetzt Geschichte! «

Willy Grote aus Hamburg war zur Zeit der Gorleben-Besetzung 16 Jahre alt. Im Interview mit CONTRASTE erzählt er von seinen Erlebnissen. Die Fragen stellte Gaston Kirsche.

Wie kam es zu deiner Teilnahme am Hüttendorf?

Genau weiß ich das nicht mehr, aber ich bin mit mehreren Schulfreunden aus Hamburg hingefahren und wir waren mehrere Tage und Nächte dort. Viele Hütten waren schon nutzbar, als wir ankamen. Bei ein paar Baumstämmen habe ich mit angefasst, es war ein gutes Gefühl mit 15 bis 20 jungen Menschen einen Baumstamm heben zu können.

Was hat dir dort gefallen?

Es gab so viel zu sehen und zu lesen. Überall waren Leute aus allen Teilen Deutsch-

lands, man hörte viele Dialekte und ich wusste: Hier passiert jetzt Geschichte!

Und wie hat die Alltagsorganisation geklappt?

Die Organisation war in meinen Augen wunderbar, sobald es für etwas Freiwillige brauchte, waren viele Leute dabei.

Politiker sprachen von gewaltbereiten Chaoten und Terrorunterstützern, aber trotzdem haben sich die Bäuerliche Notgemeinschaft und die BI Lüchow-Dannenberg nicht von den Besetzer*innen distanziert. Wieso?

Die Besetzung wurde im Wesentlichen durch Einheimische organisiert. Sie haben in wochenlanger Fleißarbeit die Planungen gemacht, Baumaterial und Nahrungsmittel organisiert. Ich empfand

keine Distanz zwischen den Einheimischen und den Auswärtigen, auch bei späteren Aktionen im Wendland war so etwas eher die Ausnahme. Ich denke, die Auswärtigen haben in der Republik Wendland versucht, zu unterstützen, um gemeinsam die Endlagerung und die Castortransporte zu stoppen. Das Gerede der Politiker von den gewaltbereiten Chaoten hat wenig überzeugt.

Du hast dich in den Jahrzehnten seitdem auch am Anti-Atom-Protest im Wendland beteiligt?

Ich war über Jahrzehnte immer wieder und wieder dabei. Es gab früh Blockaden am Raiffeisen-Gelände, ich glaube in Lüchow, um dort Bohrfahrzeuge zu behindern. Später gab es dann natürlich die vielen, vielen Castortransporte. Gott sei Dank wurde eine Wiederaufberei-

tung verhindert, und eine Endlagerung – bisher – verhindert, doch es gibt die oberirdische Zwischenlagerung der Atomabfälle »in der Kartoffelscheune«. Unser gelebter Protest geht weiter – es gibt die Kulturelle Landpartie, das Gorleben-Archiv und vieles anderes. Mittlerweile ist die dritte Generation aktiv dabei, von Müdigkeit kann keine Rede sein.

Spielt die Republik Freies Wendland dabei noch eine Rolle?

Auch heute hat die Freie Republik Wendland eine große Bedeutung, weil sie der gelebte Beweis ist, dass unser Protest vielfältig ist und sich nicht einfach zerstören lässt. Ein Spruch aus damaligen Zeiten scheint mir immer noch aktuell zu sein: »Das Dorf konntet ihr zerstören, nicht aber die Kraft, die es schuff!«

ANZEIGE

Demokratie in Arbeit

Eine Agentur als Genossenschaft, das ist in Deutschland immer noch selten. Das Unternehmen Wigwam wurde 2016 von der GmbH in eine Genossenschaft umgewandelt - und dabei haben alle Beteiligten viel über das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft sowie Selbstbestimmung und gemeinsamer Arbeitskultur gelernt.

EUGEN FRIESEN, BERLIN

2009 hatten die drei Gründer*innen von Wigwam nicht die Absicht gehabt, eine Agentur zu betreiben - oder gar Mitarbeiter*innen einzustellen. Sie hatten sich zusammengetan, um die Welt mithilfe von Kommunikation und den richtigen Mitstreiter*innen ein Stückchen besser zu machen. Das war und ist immer noch der Kern von dem, was Wigwam ausmacht. Die GmbH als Rechtsform war lediglich der Rahmen dafür - und wirkte doch in den Arbeitsalltag hinein. Erst die Genossenschaft ermöglicht Wigwam auch nach innen zu leben, wofür das Unternehmen nach außen einsteht.

Genossenschaft als fehlendes Puzzlestück

Seit Beginn läuft bei Wigwam das Was und das Wie anders als in vielen anderen Agenturen: Zum einen arbeitet die Agentur fast ausschließlich für und mit gemeinnützigen Organisationen zusammen. Zum anderen tut sie das selbstorganisiert. Es gab auch in der GmbH-Zeit eine Geschäftsführung, doch viele wichtige Entscheidungen wurden stets im Team verhandelt und gemeinsam getroffen. Doch genau diese gelebte Teamkultur hatte einen Haken: Viele entschieden mit, aber nur die Gesellschafter*innen trugen im Zweifel die finanzielle Haftung. Diese unsichtbaren Rollen und die dahinterliegende Machtstruktur kamen immer deutlicher zum Vorschein.

Als 2016 zwei von drei Geschäftsführer*innen ausstiegen, ergriff das Team die Gelegenheit, eine passende Rechtsform für die gelebte Kultur zu finden. Schnell schien für das Team die Genossenschaft die geeignetste Form, sodass sich Wigwam 2016 in eine eG umwandelte. Ein Anwalt begleitete bei den rechtlichen Fragen. Das meiste hat das Team selbst auf den Weg gebracht.



▲ Teamausflug der genossenschaftlichen Agentur Wigwam

Foto: Lena Giovanazzi

Mit der eG fand Wigwam endlich die handfeste Lösung für das Verantwortungsdilemma: Die Mitarbeiter*innen arbeiten zusammen und entscheiden zusammen, also ist es nur konsequent, dass ihnen das Unternehmen auch gemeinsam gehört. Auf diese Weise wurde jede und jeder auch gleichzeitig Arbeitnehmer, Arbeitgeberin und Genoss*in. Damit die verteilte Haftung bei der Bank und beim Vermieter so ankommt, haben die Genoss*innen miteinander zusätzlich Binnenvträge geschlossen. Dadurch ist das Haftungsrisiko wirklich gleichmäßig auf alle verteilt.

Umgang mit Gehältern

Was bedeutet das für das gemeinsame Wirtschaften? Genossenschaftliche Strukturen sehen einen Vorstand und Aufsichtsrat vor. Wie werden diese Positionen besetzt? Ist auch eine Frauenquote in den beiden Gremien vorgesehen? Wigwam als Demokratielabor brachte zahlreichen weiteren Klärungsbedarf mit sich.

Gerade beim Thema Gehalt war es dem Team wichtig, eine Lösung zu finden, die zur Kultur und den neuen Genossenschaftsstrukturen passt. Nachdem einige Modelle erarbeitet wurden, entschied sich das Team

schließlich für ein transparentes und selbstbestimmtes »Wunschgehalt«: Jede*r kann sein oder ihr Gehalt selbst festlegen. Nicht alle waren von dem Modell überzeugt. Letzten Endes wurde das Modell aber, gegenüber anderen Modellen immer nur knapp präferiert, mit einer Mehrheit beschlossen.

Auch heute gibt es noch kritische Stimmen im Team dazu. Solche Situationen haben gezeigt, dass der demokratische Entscheidungsweg nicht immer der passendste ist. Das Abwägen geeigneter Entscheidungsprozesse begleitet Wigwam daher bis heute, genauso wie das Reflektieren und Anpassen des Wunschgehaltmodells. Trotz aller Zweifel, ist es aber immer noch das passendste Modell, das das Team für sich gefunden hat.

Für solche Entwicklungen braucht es immer gemeinsame Räume - und methodisches Wissen, wie sich diese Räume sinnvoll und zielführend ausfüllen lassen. Das war schon immer Teil der gemeinsamen Arbeitskultur von Wigwam. Durch die Umwandlung zur eG hat sich diese Methodenkompetenz breiter auf mehr Teammitglieder verteilt. Dafür fährt das Team zum Beispiel seit jeher drei Mal im Jahr für vier Tage zum Teamausflug nach Brandenburg. Dort reflektieren die

Mitglieder über die Zusammenarbeit, Strategie und Vision und entwickeln diese gemeinsam weiter.

Methodenkompetenz für alle!

Beim täglichen »Stand-Up« oder dem monatlichen »Rundlauf« im Büro werden hingegen anfallende Themen aus der Projektarbeit und aus den sechs Arbeitskreisen von Personal über Akquise bis Finanzen besprochen. All diese Formate sind wie einzelne Pfade innerhalb eines größeren gemeinsamen Wegenetzes. Alle Mitarbeiter*innen wissen, wann sie wohin mit ihren Themen gehen können: Die Lichtsituation im Büro? Rundlauf! Wollen wir weiter wachsen? Teamausflug! Ad hoc Unterstützung in einem Projekt? Stand-Up!

Damit jede*r einzelne diese Wege möglichst gut nutzen kann und der Austausch zielführend ist, sind Moderationskenntnisse wichtig: Stimmungsbild oder verbindliche Team-Entscheidung, Kleingruppen oder Diskussion im Team? In einem selbstorganisierten Team ist entscheidend, dass viele sich dieser Methoden bedienen können und alle so miteinander und voneinander lernen.

Kann das Team von Wigwam das Wunschgehaltmodell unein-

geschränkt empfehlen? Oder die Umwandlung zur Genossenschaft? Nein. Selbstorganisation? Auch nicht. Wigwam hatte nicht »das eine Modell« wie Soziokratie oder Holokratie zum Vorbild. Alles ist organisch gewachsen nach dem Prinzip: Die Menschen stehen im Mittelpunkt. Deshalb passt diese Arbeitsweise auf genau diese Art und Weise auch nur zu Wigwam.

Diese gewachsene Arbeitskultur ändert sich mit jeder einzelnen Person, dazustößt - wie ein Perpetuum Mobile. Das »Onboarding« von neuen Mitarbeiter*innen bleibt damit das Schönste und Anstrengendste zugleich: Jede neue Person bringt neue Impulse und hinterfragt Sicheergeglaubtes und hart Erarbeitetes. Dafür ist es ziemlich schlau, eine wertschätzende Kultur und eingeübte Formaten des Miteinanders zu haben, in denen diese Impulse geleitet werden und wo sie etwas anstoßen können. Aus diesem Grund ist Wigwam ein gutes Praxisbeispiel dafür, wie »New Work« mithilfe von genossenschaftlichen Strukturen gelebt werden kann.

Link: <https://wigwam.im/>

IT - unabhängig von globalen Konzernen

Der Wunsch nach Unabhängigkeit von der Geschäftspolitik globaler Konzerne ist der Antrieb für die Gründung der IT-Genossenschaft »argo IT eG«. Seit 2018 baut die kleine Gruppe von IT-Professionisten eine eigene Server-Infrastruktur kontinuierlich aus. Angeboten werden verschiedene Hosting-Dienstleistungen im B2B-Bereich. Beispiele dafür sind ein Text-Chat mit Mitarbeitenden und Kund*innen in Echtzeit mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die Videokonferenzlösung »Jitsi Meet« mit gemeinsamem bearbeitbarem Textdokument und Bildschirmfreigabe oder die Datei-Synchronisation ausgewählter Dateien, Fotos und Dokumente über einen Nextcloud-Server. Aufnahmekriterium in die Genossenschaft ist das Bekenntnis zu Werten wie kompromissloser Datenschutz, gemeinsinniges Wirtschaften und die Förderung Freier Software.

Link: <https://argoit.at>

BUCHBESPRECHUNG

Wider dem Verhältnis von Herr und Knecht

ANZEIGE

Am Erker Zeitschrift für Literatur Nr. 79
Aufbäumen oder Aufforsten?

Titelbild: Evelyn Rüssler

www.am-erker.de

Der in Wien lebende Journalist Christian Kaserer präsentiert in sieben Reportagen und ebenso vielen Interviews unterschiedliche Versuche in ganz Europa, demokratische, sprich produktivgenossenschaftliche, Unternehmensstrukturen zu organisieren.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Coops, Genossenschaften, Kollektive oder Kooperativen sind Bezeichnungen für Unternehmen, in denen Menschen gemeinsam versuchen, ihre Arbeitswelt zu demokratisieren. Die von dem Journalisten Christian Kaserer geschilderten Unternehmen können trotz eines gemeinsamen Nenners unterschiedlicher kaum sein. Beschrieben wird nicht nur die größte genossenschaftliche Verbundstruktur, der Genossenschafts-komplex von Mondragón. Betriebsbesetzungen

von Produktionsbetrieben wie Vio.Me in Griechenland oder Scop Ti in Marseille spielen ebenso eine Rolle wie die Solidarische Landwirtschaft Ouverture in Wien oder die Sozialgenossenschaft Oasis in Bozen. Alle sind spannende Pionier*innen in ihrem jeweiligen Arbeitsfeld.

Die Darstellung der Beispiele geht allerdings nicht in die Tiefe. Sie ist einfach und gut lesbar geschrieben. Gegeben wird immer auch ein kleiner Einblick in die Stadt oder das Land, in dem die Kooperative angesiedelt ist. Besonderheiten und Probleme werden aber kaum deutlich. An einzelnen Stellen ist die Darstellung sogar arg idealisierend, wenn sich die Mitarbeitenden bei Vio.Me mit 400 Euro kaum selbst von ihrem Einkommen leben können und gleichzeitig noch »Überschüsse« in Sozialprojekte stecken. Als Appetizer eignet sich die Veröffentlichung dennoch hervor-

gend. Der Reportagestil ist vor allem geeignet, Menschen an das Thema heranzuführen, die sich bisher noch gar nicht mit Solidarischer Ökonomie auseinandergesetzt haben.

Kaserer, Christian: **coop - Selbstverwaltete Betriebe und ihre Auswirkungen auf Arbeit und Gesellschaft**, Linz (guernica Verlag) 2020, 120 S., 9,90 Euro



▲ Die Fassaden von VIO.ME wurden von Graffiti-Künstler*innen aus Thessaloniki bunt gestaltet.
Foto: Christian Kaserer



STOLPERSTEINE DER ERINNERUNG

» Dort, wo das Verbrechen angefangen hat... «

Günter Demnig hat 1996 die ersten Stolpersteine verlegt – zur Erinnerung an Menschen, die von den Nationalsozialisten deportiert und getötet wurden. Inzwischen liegen über 77.000 Steine in 26 europäischen Ländern. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach mit Demnig über seine Konzeptkunst.

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, Stolpersteine zur Erinnerung an die unbekanntesten Opfer des Nationalsozialismus an ihren letzten Wohnorten zu verlegen?

Als ich nach Köln gezogen bin, hatte ich Kontakt zum Verein Rom e.V. – die erinnerten immer im Mai an die jeweils 1.000 Menschen, Roma und Sinti, die im Mai 1940 aus Köln, aus Düsseldorf, aus Hamburg und anderen westdeutschen Großstädten ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert worden waren. Zur Erinnerung an sie habe ich eine Schriftspur auf die Straßen von Köln gedruckt, von ihren Wohnhäusern zum Bahnhof Deutz, von wo man sie abtransportierte. Das war sozusagen eine Vorarbeit beziehungsweise der Auslöser für die Stolpersteine. Ich wollte die Namen dorthin bringen, wo das Verbrechen angefangen hat...

Wann war das?

Der Anfang war nicht einfach. Es gab zunächst Widerstände. Da habe ich 1996 zunächst illegal die ersten 31 Steine mit Messingtafeln in Berlin-Kreuzberg ohne städtische Genehmigung verlegt. Erst ab 2000 konnte ich mit Genehmigung verlegen – fast gleichzeitig in Köln und in Berlin. Inzwischen liegen weit über 77.000 in 26 europäischen Ländern. Überall, wo die deutsche Wehrmacht, die SS und die Gestapo ihr Unwesen getrieben haben, sollen die symbolischen Stolpersteine auftauchen. Das ist die Idee dieser Konzeptkunst.

Wie waren denn die Reaktionen?

Zu 95 Prozent positiv. Es gab in 20 Jahren drei Morddrohungen, die letzte ist schon ewig lange her. Dass die rechte Szene und die AfD dagegen sind, ist ja klar. Aber nachdem die AfD sich



▲ Erinnerungs-»Stolpersteine« von Gunter Demnig in Köln

Foto: Herby Sachs

dagegen ausgesprochen hatte, man solle doch »endlich mal Schluss machen«, da hatten wir so ein großes Spendenaufkommen wie noch niemals zuvor!

Wer gibt die Stolpersteine bei Ihnen in Auftrag?

Meist kommen die Anfragen von Geschichts- oder Heimatvereinen, aber auch von Privatpersonen, von Angehörigen der Verfolgten, auch von Schulen. Ich betrachte die Steine als Geschenk der Bürger*innen an die Kommunen. Wir – inzwischen ein Team von neun Mitstreiter*innen – prüfen allerdings jede Inschrift noch einmal nach.

Welche Argumente setzen Ihnen denn Kritiker*innen entgegen?

Sie übernehmen die Kritik von Charlotte Knoblauch, der früheren Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und jetzigen Vorsit-

zenden der orthodox-jüdischen Gemeinde von München. Sie hat gemeint, man trampele auf den Menschen herum, wie damals die Nazis auf ihnen herumgetrampelt haben.

Was entgegnet Sie?

Wenn man über die Messingtafeln läuft, poliert man sie dadurch, so wird die Erinnerung an all die Opfer noch einmal deutlicher lesbar. Aber die meisten gehen gar nicht darüber – sie laufen drum herum oder machen einen großen Schritt darüber hinweg. Was mir besonders gefällt, ist: Wer stehen bleibt, um die Namen zu lesen, muss sich quasi verbeugen.

Es wurde auch kritisiert, Sie würden Nazi-Begriffe übernehmen wie etwa »Rassenschande« oder »Asozialer«.

Nein, wir setzen dann immer »sogenannt« vor den jeweiligen Begriff. Wenn jemand aufgrund solcher unsäglichen Vorwürfe verurteilt worden

ist, muss man doch das Kind beim Namen nennen, meine ich. Das habe ich auch so mit Dr. Schuster, dem jetzigen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, abgesprochen. Anfangs habe ich noch zugegebenermaßen »verschollen in Auschwitz« aus den Geschichtsbüchern übernommen. Jetzt schreibe ich immer, auch wenn jemand nicht vergast wurde, »ermordet in Auschwitz«. Denn es war in jedem Fall Mord.

Welche positiven Wirkungen haben die Stolpersteine ausgelöst? Ich habe gelesen, dass zum Beispiel Freie Radios akustische Stolpersteine produziert haben, der WDR hat »Hörstolpersteine« produziert...

Für mich ist das Wichtigste und Schönste das Interesse von Schüler*innen. Lehrer hatten mich ja gewarnt: »Hör bloß mit diesem Thema auf, das kommt denen zu den Ohren raus...« Aber ich habe das Gegenteil erfahren. Es ist eben ein Unterschied, ob die Schüler*innen ein Buch aufschlagen und lesen: Sechs Millionen ermordete Juden in Europa und acht Millionen aus anderen Gründen Ermordete – das bleibt abstrakt. Aber wenn sie dann von einem Familienschicksal nicht von irgendwo, sondern in ihrer eigenen Umgebung erfahren – die Kinder sind in unsere Schule gegangen, sie waren so alt wie ich jetzt bin und wurden ermordet – das geht wirklich an die Nieren. Und Angehörige sagen: »Wir haben keine Gräber – die Menschen haben sich ja in Rauch aufgelöst, aber jetzt ist wenigstens der Name wieder da!« Wie der Rabbi von Köln gesagt hat und wie es im Talmud steht: »Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«. Wenn die Schüler*innen Angehörige treffen und mit ihnen sprechen können – das berührt sie. Wenn es um ermordete Behinderte geht, haben Angehörige früher regelrecht gemauert, weil sie befürchteten, man könnte denken, da habe sich etwas vererbt. Das hat sich geändert. Jetzt fragt eine Enkelgeneration: »Warum hatten wir eigentlich nie eine Oma?« Und wenn sich herausstellt, dass diese Großmutter in Grafeneck ermordet wurde – das geht unter die Haut.

JUGENDLICHE IM NS-WIDERSTAND

Freiheitsliebend, eigenwillig, rebellisch – die Edelweißpiraten

Sie hatten kein politisches Programm, keinen einheitlichen Dachverband geschweige denn eine gemeinsame Vorstellung von einer näheren oder fernen Zukunft. Dennoch sahen die Nationalsozialisten in den jugendlichen »Edelweißpiraten« eine immense Bedrohung.

CHARLOTTE SCHWALB, KÖLN

Wann genau die Mädchen und Jungs zwischen 14 und 20 Jahren die Schnauze voll hatten von Verboten, Restriktionen und dem Versuch der Nationalsozialistischen Regierung, sie in ihr Regelwerk zu pressen, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich war es zwischen 1938 und 1939, kurz nachdem die Bündische Jugend verboten worden war und die »Jugenddienstpflicht« die Heranwachsenden per Gesetz in die Hitlerjugend oder den Bund deutscher Mädel zwingen sollte.

Wie viele Edelweißpiraten es im Rhein-Ruhr Gebiet gab, lässt sich nur vermuten. Aus Gestapo-Akten weiß man von 3.739. Aber das waren nur die, die erfasst worden sind. Im Gegensatz zur bündischen Jugend gab es bei den Edelweißpiraten gemischt geschlechtliche Gruppen. Ein Grund, weshalb sich ihnen besonders viele Mädchen anschlossen. Sie wollten sich nicht in die »Frau- und Mutterrolle« der Nationalsozialisten drängen lassen.

Die Politischen unter den Edelweißpiraten schrieben Parolen an Züge, Hauswände und Straßen. Ihre Slogans lauteten: »Nieder mit Hitler«, »Orden und Ehrenzeichen für das große Morden«, »Nieder mit der Nazi-Bestie« und »Naziköpfe rollen nach dem Krieg«. Auch verteilten sie Flugblätter, die zum Kriegsboykott und

zum Widerstand aufriefen. Die sich vorwiegend aus jungen Arbeiter*innen zusammensetzenden Ortsgruppen hörten auch »feindliche« Radiosender ab und verbreiteten die Nachrichten. Und das, obwohl schon das Hören von »Feindsendern« verboten war und sogar mit dem Tode bestraft werden konnte.

Je restriktiver das Regime wurde, desto mehr junge Menschen schlossen sich den Edelweißpiraten an. Denn so einige hatten keine Lust auf HJ- oder BDM-Drill, bei dem der Tagesablauf mit militärischer Disziplin, ideologischen Schulungen und paramilitärischen Übungen ausgefüllt war. Diese Jugendlichen wollten anders sein, frei sein. Der Edelweißpirat Jean Jülich aus Köln beschrieb das einmal so: »Wir haben gemotzt« und »Wir liefen als lebende Litfaßsäulen des Widerstands in der Gegend rum.«

Das NS-Regime versuchte anfangs noch, die oppositionellen Jugendgruppen wieder in das System einzugliedern. Als das nicht fruchtete, wurden sie zu Staatsfeinden und Hochverrätern erklärt. Da es im Reichsstrafgesetzbuch keine Strafbestimmungen für jugendliche Cliquenbildung gab, wurden allgemeine Strafbestimmungen herangezogen. Es folgten Repressionen, die zum Beispiel verhinderten, dass diese Jugendlichen eine Lehrstelle bekamen oder die Schule besuchen konnten. Ihr widerständiges Leben wurde immer mehr von Spitzeltum, Denunziation und Gestapoterror bestimmt. Sie wurden mit Fürsorgeerziehung, Gefängnis, Jugend-KZ und Folter bestraft. Einige bezahlten den Widerstand mit dem Leben. Schon 1940 wurde das Jugend-KZ Moringen eingerichtet. Hier wurden die als »unangepasst« bezeichneten Jugendlichen inhaftiert.

Öffentliche Erhängung zur Abschreckung

Am bekanntesten ist bis heute die »Ehrenfelder Gruppe« aus Köln, die 1943 in die Illegalität ging und Kontakt zur politischen Opposition aufnahm. Diese Gruppe bestand aus geflohenen Zwangsarbeitern, Russen, Juden, Deserteuren und Jugendlichen, die seit August 1944 in dem Kölner Stadtteil Ehrenfeld durch antifaschistische Aktionen in Erscheinung traten. Darunter fielen auch Diebstähle, Raubzüge und Sabotagehandlungen sowie Waffengewalt gegen die Staatsmacht.

Es war der 10. November 1944, der ihnen die traurige Berühmtheit verschaffte. An dem Tag wurden an einem Bahndamm in ihrem Stadtteil 13 Mitglieder der Ehrenfelder Gruppe öffentlich und ohne Anklage oder Urteil zur Abschreckung aufgehängt.

Diese Toten von 1944 verscharrte man auf dem Kölner Friedhof Melaten in einem Massengrab. Unter ihnen Günther Schwarz (16), Johann Müller (16), Bartholomäus Schink (16), Gustav Bermel (17), Franz Rheinberger (17) und Adolf Schütz (18). Bis heute wurden diese Toten nicht rehabilitiert und ihnen keine offizielle posthume Anerkennung durch den deutschen Staat gewährt. Eine Ausnahme war Jean Jülich, den man 1991 mit dem Bundesverdienstkreuz auszeichnete. Erst nach Buchveröffentlichungen, Schulprojekten und einem wachsenden Medieninteresse wurde im April 2011 endlich auch den letzten fünf bekannten noch lebenden Edelweißpiraten das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Sie wurden ausgezeichnet für ihren »Widerstand in der NS-Diktatur und ihr ehrenamtliches Engagement als Zeitzeugen«.

Ihre Namen lauten Hans Fricke, Gertrud Koch, Peter Schäfer, Wolfgang Schwarz und Fritz Theilen. 2016 verstarb die letzte bekannte Kölner Edelweißpiratin Mucki Koch. Jetzt ist es an uns, das Gedenken an diese widerständigen Jugendlichen zu erhalten.

Jan Krauthäuser, Doris Werheid, Jörg Seyffarth: Gefährliche Lieder: Lieder und Geschichten der unangepassten Jugend im Rheinland 1933-1945. Köln 2010, Emons, 200 S., 19,95 Euro mit CD

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



VON DER EL-DE-HAUS-INITIATIVE ZUM NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM

Am Anfang war der Einbruch

Die packende Geschichte der Durchsetzung eines Gedenkorts in Köln erzählt der 2015 verstorbene engagierte Lehrer Kurt Holl in seinem Beitrag zu einer Anthologie zu alternativen Aktionen der 70er und 80er Jahre in der Rhein-Metropole. CONTRASTE druckt seinen Bericht gekürzt nach:

In der Nacht vom 6. auf den 7. März 1979 verschafften wir, der Fotograf des Kölner Volksblatts Gernot Huber und ich, uns Zugang zum sogenannten EL-DE Haus, das bis 1945 die Gestapozentrale beherbergte. Wir hatten kurz vorher entdeckt, dass Handwerker dabei waren, die vollständig erhaltenen Gefängniszellen im Keller dieses Hauses im Auftrag der Stadt zu zerstören. Hunderte von Inschriften an den Wänden zeugten von den Ängsten und Hoffnungen der Häftlinge, die in diesem Keller gefoltert worden waren oder auf ihre Hinrichtung im Hof gewartet hatten. Neben vielen ZwangsarbeiterInnen und Kölner AntifaschistInnen, in der Mehrzahl KommunistInnen, hatten dort auch jugendliche Edelweißpiraten (siehe auch Artikel auf Seite 9) gesessen.

Von der Existenz dieser Grafitti hatten überlebende WiderstandskämpferInnen der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Anm. d. Red.) berichtet. Der Besitzer, der Kölner Schmuck-Großhändler Leopold Dahmen (daher EL-DE) reagierte auf alle Versuche, die Terrorgeschichte seines Hauses öffentlich zu machen, stets mit Strafanzeigen und unterband alle Versuche, in die Keller zu gelangen. Kein Wunder, hatte er doch selbst das Haus im Rohbau noch 1935 an die Gestapo vermietet. Er bzw. sein Sohn wollten keine öffentliche Diskussion über die Schande seiner Familie. Die Stadt Köln, die Mieterin dieses Hauses nach 1945 war, hatte ihrerseits kein Interesse, sondern war sogar im Begriff, die Zellen zu zerstören. So versuchte diese unheilige Allianz die Erinnerung an (...) Kollaboration mit den Nazis zu unterdrücken. (...)

Einbruch zur Dokumentation

Wir standen nach unserem Einbruch nun also in den Gängen des Folterkellers vor den mit schweren Eisenriegeln verschlossenen Zellen (...). Wir hatten einen Tag zuvor ausbaldowert, welche Werkzeuge nötig wären, um in die Zellen zu gelangen. Daher konnten wir die schweren Eisenriegel ziemlich schnell knacken. (...)



▲ Das EL-DE-Haus in Köln - einst Gestapo-Zentrale, heute NS-Dokumentationszentrum

Foto: Herbert Sauerwein

Wir machten uns an die Arbeit, aktenstempelnd und hustend. Meter für Meter wurden Akten weggeräumt und Gernot Huber suchte den besten Aufnahmewinkel, um dahinter die meist verblichenen Schriftzüge kontrastreicher auszuleuchten. Nach einer Zwölf-Stunden-Schicht, kurz bevor die Arbeiter kamen, schlüpfte wir nach draußen, unbemerkt und mit über 1.200 Fotos im Kasten. (...)

Unsere Fotos von den Zellen und Inschriften, auch über die bereits begonnenen Zerstörungen, schlugen bei den Medien und bei den Stadtbewohnern wie eine Bombe ein. Die Stadtkonservatorin veranlasste einen sofortigen Baustopp. (...) Ein Team aus Historikerinnen und Restauratoren machte sich im Auftrag des Kölner Stadtarchivs daran, alle Inschriften zu restaurieren, zu entziffern und zu dokumentieren. Der größte Teil stammte von russischen, polnischen, französischen und anderen ausländischen Zwangsarbeitern, die offenbar der Sabotage verdächtigt worden waren. Die Lebens- und Leidensgeschichte einzelner Gefangener konnten wir rekonstruieren. Sogar Überlebende oder deren Verwandte konnten durch Presseberichte zum Beispiel in der

früheren Sowjetunion ausfindig gemacht werden; später wurden einige nach Köln eingeladen.

Das war nur der Anfang

Diese Rettungsaktion von Zellen und Inschriften war für uns aber nur der Anfang. Unser Ziel war ja: das ganze EL-DE-Haus sollte ein Doku-Zentrum werden. Es bedurfte eines erneuten jahrelangen Kampfes, bis ein Rats-Beschluss dies im Grundsatz zugestand. (...)

Kurz vorher hatte die Initiative eine große Ausstellung im Forum der VHS eröffnet über das Schicksal der Zwangsarbeiter in Kölner Betrieben und im EL-DE-Haus. Wir hatten im Stadtarchiv die vollständige Liste der Zwangsarbeiter entdeckt, die 1944 bei der Klöckner-Humboldt-Deutz AG für die Rüstung der Nazis arbeiten mussten. Wir schmuggelten diese Akten unter unseren Pullovern nach draußen und zeigten sie in Kopien in unserer Ausstellung. Zur Eröffnung (...) wurden die Präsidenten der Vereinigungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus Frankreich, Belgien, Russland und Polen eingeladen.

Bleibender Erfolg

Höhepunkt der Kampagne war eine große Veranstaltung mit Ministerpräsident Heinz Kühn und den Repräsentanten der ausländischen Zwangsarbeiter mit über 800 Besuchern. (...) Dank der tatkräftigen Unterstützung der Grünen-Ratsfraktion und später der SPD war auch der Rat der Stadt Ende der 80er Jahre bereit, im EL-DE Haus (...) ein NS-Dokumentationszentrum einzurichten. (...) Ab 1988 wurde die Initiative in den eingetragenen Verein »EL-DE Haus« überführt, der bis heute die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums unterstützt. (...) Durch bedeutende Ausstellungen und Veranstaltungen sowie durch Publikationen ist das NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus zu einer bundesweit, ja international bekannten Einrichtung der Erinnerung, Dokumentation und Erforschung der NS-Geschichte geworden. (...)

Aus: Die Stadt, das Land, die Welt verändern! Die 70er/80er Jahre in Köln - alternativ, links, radikal, autonom. Herausgegeben von Reiner Schmidt, Anne Schulz und Pui von Schwind. 2014, Kleppner & Witsch, Köln
<https://stadtlawelt.org>

BUCHBESPRECHUNG

»Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen«

Wer sich mit Ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigt, weiß, dass es eine der - ebenso wichtigen wie schwierigen - Aufgaben nach einem Krieg oder dem Sturz einer Diktatur ist, die Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten. Der Pazifist und Historiker Ralf Buchterkirchen hat sich in einer neuen Publikation mit einem besonders heiklen Kapitel deutscher Geschichte beschäftigt: den Todesurteilen der NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und »Kriegsverrat«. Es sind etwa 30.000 Todesurteile bekannt, von denen zwei Drittel vollstreckt wurden.

CHRISTINE SCHWEITZER, HAMBURG

Wie heikel diese Frage ist, zeigt sich daran, dass es Jahrzehnte gedauert hat, bis dieses Unrecht

von einer deutschen Bundesregierung als solches anerkannt wurde. Erst 2009 rehabilitierte der Bundestag auch wegen »Kriegsverrats« Verurteilte, nachdem wenige Jahre zuvor schon Verurteilungen wegen Desertion und Wehrkraftzersetzung für nichtig erklärt worden waren. In den ersten zehn oder zwanzig Jahren nach 1945 war es überlebenden Opfern oder Hinterbliebenen von Ermordeten, die eine Anerkennung suchten, in der BRD fast unmöglich, ihre Ansprüche durchzusetzen. Desertion, Wehrkraftzersetzung und Verrat galten auch in der Nachkriegszeit als verurteilenswert. »Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein«, meinte zum Beispiel der ehemalige Militärrichter und spätere baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger zu den Todesurteilen, die er und seine Richterkollegen verhängt hatten. Und wie Filbinger schafften es viele der Richter wieder in deutsche Nachkriegs-Amtsstuben. Auch in der DDR tat man sich nicht leicht mit der Anerkennung; lediglich politisch Verfolgte wurden durchweg anerkannt.

Ralf Buchterkirchen hat sich mit gerichtlicher Verfolgung und Todesurteilen, die entweder in Hannover vollstreckt wurden oder deren Opfer aus Hannover kamen, beschäftigt. Buchterkirchen baut dabei auf seinem 2011 erschienenen Buch »... und wenn sie mich an die Wand stellen: Desertion, Wehrkraftzersetzung und »Kriegsverrat« von Soldaten in und aus Hannover 1933-1945 auf. Die neu erschienene 100-seitige reich bebilderte Broschüre im

A4-Format beginnt mit einer Einführung unter der Überschrift »Desertion und Manneszucht«. Hier hebt der Autor hervor, wie sehr die damalige Vorstellung von dem, was einen »wahren Mann« ausmacht, das Bild von Soldaten prägte, und welche Verachtung die meisten Bürger*innen Männern entgegenbrachten, die nicht in den Krieg ziehen wollten oder sich dem militärischen Drill widersetzen.

Nach dieser Einleitung folgt ein Kapitel über die Rolle Hannovers als wichtiger Militär- und Rüstungsstandort. Viele der Einrichtungen bestehen bis heute fort. Kernstück der Publikation sind fünf höchst unterschiedliche Biografien, die aus Akten und aus bei Nachkommen der Getöteten befindlichen Briefen sowie Interviews mit diesen Nachkommen zusammengestellt wurden. Buchterkirchen ist bei seiner Auswahl der Biografien wichtig zu zeigen, dass die Verurteilten aus ganz unterschiedlichen Motiven gehandelt haben. Politische Ablehnung des Nationalsozialismus oder eine pazifistische Gesinnung gab es, aber spielten vielleicht sogar nur in einer Minderzahl der Fälle eine Rolle. Viele von ihnen waren mehr durch Unvorsichtigkeit (etwa eine gegenüber Kameraden gemachte Aussage, dass der Krieg verloren sei) oder auch völlig unpolitisches unangepasstes Verhalten in die Mühlen der Justiz geraten.

Im Anschluss an die Biografien beschreibt Buchterkirchen die Nichtaufarbeitung nach dem Krieg und die späte Rehabilitation der Opfer

der Todesurteile. »Umgang mit Gedenken in Hannover« und eine Liste von 71 Namen der in Hannover auf dem Gelände einer heutigen Feldjägerschule Erschossenen oder aus Hannover stammenden anderenorts Hingerichteten folgt, bevor in einem letzten Abschnitt Unterrichtsmaterial für die Schule vorgeschlagen wird.

Das Heft ist keineswegs nur für Leser*innen interessant, die aus dem Raum Hannover stammen. Die meisten Informationen sind verallgemeinerbar, und die unter die Haut gehenden Schicksale der fünf Hingerichteten stehen für die anderen geschätzt 20.000 Männer, die wegen Desertion, Wehrkraftzersetzung oder »Kriegsverrat« getötet wurden. Die persönlichen Schicksale dieser Männer bringen der*dem Leser*in die Grausamkeit der Militärjustiz eindringlich nahe und wecken gleichzeitig den Wunsch, über all die Opfer mehr zu wissen oder bei sich vor Ort ähnliche Forschungen anzustellen. Lediglich das angehängte Material für den Schulunterricht müsste für andere Orte adaptiert werden.

Ralf Buchterkirchen: »Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen ...«: Ungehorsame Soldaten in Hannover 1933-1945, Neustadt a. Rübenberge 2020 (Verlag des Arbeitskreises Regionalgeschichte), 100 S., ISBN 978-3930726349, 13,90 Euro

Link: <https://ak-regionalgeschichte.de/4379-2/>

Dieser Text stammt aus: Friedensforum (4/2020)

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung und Redakteurin des »Friedensforum«.

ANZEIGEN

Genossenschaft
gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Z

Zentralverband deutscher
Konsumgenossenschaften e.V.



FRAUEN IM WIDERSTAND GEGEN NS-HERRSCHAFT

Mut und List

»Cäsar schlug die Gallier - hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?« fragte in Bert Brechts Gedicht der »lesende Arbeiter«. Gut gefragt, aber so was von männlich! Das war auch lange so bei den Narrativen vom Widerstand gegen den Faschismus. Bekannt ist der konservative Wehrmachtsoffizier Claus Philipp Maria Schenk Graf von Stauffenberg und sein Attentat auf Hitler, weitgehend unbekannt blieben die widerständigen Kommunist*innen, jüdische erst recht.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Hatte es denn überhaupt kämpfende Frauen gegeben? Das fragte sich die Feministin und Autorin Ingrid Strobl und begann in den 80er Jahren eine aufwändige Recherche. Sie interviewte vergessene Kämpfer*innen in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden, in Spanien, in Ungarn und in Polen, meist aus den kommunistischen oder linkszionistischen Parteien. Zunächst gestaltete sich das schwierig. »Erst mal musste ich regelrecht »Verhöre« durchstehen«, erinnert Strobl sich schmunzelnd. Dina Krischer in Nancy etwa löcherte sie eine ganze Stunde, bevor sie sich auf ein Interview einließ. »Ich konnte dieses Misstrauen total verstehen. Es war nicht nur Dina Krischer, sondern durchweg allen unheimlich - hatte sich doch bis dahin noch nie jemand für die Frauen im Widerstand interessiert. Schon gar nicht die im bewaffneten Widerstand. Im Gegenteil, sie hatten als »Flintenweiber« dermaßen gegen das Rollenklischee »Frau« verstoßen, dass sie ihren Widerstand tunlichst verschwiegen«, so Strobl. Als sie aber feststellte, dass die Österreicherin ein ernsthaftes, tiefes Interesse an ihrer Geschichte bewegte, »da haben sie angefangen zu erzählen und erzählen und erzählen bis tief in die Nacht«.

Disziplin und Chuzpe

Mit einigen ihrer Interviewpartnerinnen schloss die Autorin enge Freundschaften. Die meisten stammten aus proletarischen Familien.



▲ Hannie Schaft wurde von den Nazi-Besatzern in Frankreich als Widerständlerin gesucht. Hier als Stencil auf dem Cover von »Mit Mut und List«. Foto: Papyrossa Verlag

Gerade die aus Osteuropa geflüchteten jüdischen Mädchen mussten früh Verantwortung für ihre Familien übernehmen. »Das waren keine verwöhnten Blagen«, betont Strobl, »ihr Emigrantenschicksal hat sicherlich zu ihren starken Fähigkeiten beigetragen.« Eine der hilfreichen Fähigkeiten war die »Chuzpe«, jiddisch für intelligente Frechheit, die einige Frauen immer wieder aus brenzligsten Situationen rettete. So antwortete eine, von einem deutschen Soldaten befragt, was sie denn in ihrem Korb transportiere (er steckte voller Waffen, nur oberflächlich getarnt durch Lebensmittel), mit charmantem Lächeln: »Waffen!« - »Damit soll man nicht spaßen«, erwiderte der, und: »Weitergehen!«

Ständig verantwortlich

Nein, sie ließen sich nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen, diese Frauen, wie es der Mythos der »feigen Juden« behauptet. Die übliche Trennung in »aktiven« und »passiven« Widerstand verwirft Ingrid Strobl. Stattdessen sollte mensch besser von bewaffnetem, humanitärem und politischem Widerstand schreiben und sprechen. Die Rettung der jüdischen Kinder in Frankreich durch die OSE (Oeuvre de secours aux enfants = Kinderhilfswerk) war schließlich genauso gefährlich und wichtig wie die »männlichen« Aktionen. 5.000 Kinder konnten in Frankreich dank des OSE vor Deportation und damit dem sicheren Tod gerettet werden. Allerdings waren Frauen besonders geeig-

net als Verbindungsagentinnen und Kurierinnen, für Kundschafter- und Transportdienste, da man ihnen derlei seitens der Besatzer und Spitzel weniger zutraute. Catherine Varlin, bewaffnete Kämpferin, befand: »Der Widerstand war eine sehr individuelle Erfahrung, denn wir waren keine Armee, die einem Befehl gehorcht, wir waren alle ständig verantwortlich.« Geschickte Selbstorganisation war im Widerstand, ob zivil oder bewaffnet, das A und O.

Anstelle vieler Namenloser

Zwei bewegende Bücher über Frauen im Widerstand 1939 bis 1945 verfasste Ingrid Strobl: 1989 »Sag nie, du gehst den letzten Weg!« und 1998 »Die Angst kam erst danach«. Damit würdigte sie endlich die widerständigen Aktivistinnen, deren Einsatz für die NS-Verfolgten und gegen die »Endlöser« von der offiziellen Geschichtsschreibung so lange unterschlagen worden war. Inzwischen hat sich die Situation deutlich verbessert. Aktuell erschien neben dem Werk von Maouche Baya (siehe die Rezension von Brigitte Kratzwald in diesem CONTRASTE-Schwerpunkt) auch eine Anthologie zum Thema »Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg«, herausgegeben von Florence Hervé. Darin stellt sie - ausdrücklich »ohne Anspruch auf Vollständigkeit« - 75 immer noch größtenteils unbekannte Frauen aus mehr als 20 Ländern in kurzen Porträts vor, die im Widerstand 1933 bis 1945 aktiv gewesen sind. Viele von ihnen zahlten mit ihrem Leben.

Weiterlesen:

Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Frankfurt am Main (S. Fischer), 1989

Ingrid Strobl: »Die Angst kam erst danach«. Jüdische Frauen im Widerstand in Europa 1939-1945, Frankfurt am Main (S. Fischer), 1998 (auch als eBook 2016)

Florence Hervé (Hrsg.): Mit Mut und List. Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Köln (Papyrossa), 2020

SPÄTE SPURENSUCHE

Unsere Vertriebenen

Meine Graswurzel-Geschichte ist aus Geschichten gewachsen, die Fragen und Unbehagen zurückgelassen haben. Eine Nachschau in der Vergangenheit muss da nicht geplant, es kann das »zufällige« Ende einer Verdrängung sein. Und davon gibt es im eigenen Leben, in Familie, Dorf oder Stadtviertel genug.

LORENZ GLATZ, WIEN

Der Deckel auf meiner Erinnerung an die spärlichen, aber verstörenden Erzählungen über die verschwundenen Juden meines Dorfs war: »Sie haben überlebt«. Ich bin in den 50er Jahren im südöstlichen Niederösterreich, in der »Buckligen Welt« aufgewachsen. Es gab zwei jüdische Gemischtwarenhandlungen in Wiesmath, die von drei Familien und einem Angestelltenehepaar betrieben wurden. »Die sind fort«, so sprach man im Ort, »nach Palästina sind die«. An das, was »bei uns daheim« geschah, ging ich nicht einmal heran, als in den 80er Jahren in Österreich, »Hitlers erstem Opfer«, die braune Vergangenheit endlich öffentliches Thema wurde.

Auf mein Dorf stieß ich erst, als ich schon seit fast 40 Jahren Wiener und nur noch gelegentlicher »Wochenend-Wiesmath« war, etliche 1.000 Kilometer von Zuhause im Holocaust Memorial Museum in Washington DC in einem kurzen Datensatz im Computer eines Projekts »Holocaust-Survivors«. Er enthielt ein paar trockene Angaben zu Vertreibung und »survival« der 1938 erst vierjährigen Litzie (Alice) Reininger aus dem Nachbarhaus. Es war unerwartet, ich war verwirrt - und ich schämte mich!

In meinem Elternhaus hing ein Bild: »Aus der Heimat vertrieben«. Eine Familie, Vater, Mutter mit Baby, ein Bub und ein Mädchen schleppen sich erschöpft mit einem Handwagerl und ein paar Habseligkeiten über eine sandige Landstraße. Es waren aus der Tschechoslowakei vertrie-

bene »Volksdeutsche«, an die so mahndend und anklagend erinnert wurde. »Unsere« Vertriebenen aber waren das nicht. Nach den Reiningers, Jauls und Stieglitz krächte kein Hahn. Die waren »fort«. Die sie hinausgeworfen hatten, die Nazis, waren aber hier, nach Krieg und Niederlage bald schon amnestiert, die meisten überhaupt unbehelligt geblieben, nicht wenige ins Leben der demokratischen Republik und ihrer Parteien gut integriert, jährlich zu Allerseelen zur »Heldenehrung« im »Kameradschaftsbund« beim Kriegerdenkmal vor dem Pfarrer angetreten, manche zu später Stunde im Wirtshaus noch im alten Nazi-Liedgut und ihren Erinnerungen schwellend, viele aber schon auf dem Friedhof vom Pfarrer in der »Heimaterde« eingeseget.

Per »Zufall« erfuhr ich schließlich von einer Frau in Haifa. Sie hatte die österreichische Staatsbürgerschaft zurückverlangt, ihre Adresse lag auf: Lilli Argov aus einer der beiden Jaul-Familien. Ein Zugang zu schließlich vier noch lebenden Frauen, 1938 zwischen vier und fünfzehn Jahre jung, war damit aufgetan.

In den nächsten Jahren reiste ich mit meiner Frau Hedwig wiederholt nach Israel, New Jersey, Kalifornien und Florida. Bei aller Bitternis, aus der sie auch kein Hehl vor uns machten, reagierten die vier Frauen auf meine Bitte um Kontakt fast so, als hätten sie seit ihrer Kindheit darauf gewartet.

Von den fünf Nachkommen der Reiningers, die beim deutschen Einmarsch noch lebten, wohnten vier nicht mehr in Wiesmath. Zwei von ihnen wurden von den Nazis deportiert und sind im Holocaust verschollen. Einer »fiel« im Ersten Weltkrieg. Sein Name am Kriegerdenkmal ist auf den neuen Tafeln nach dem Zweiten Krieg »entfallen«. Anfang der 90er Jahre wollte die Familie ihn nachgetragen haben. Der Bürgermeister hat nicht reagiert. Erst der nächste hat ihn stillschweigend wieder einfügen lassen.

Meine Notizen, die ich bei unseren Besuchen machte, haben unsere Gastgeber für ein Buchprojekt gehalten - und ich habe eins daraus gemacht. Kein wissenschaftliches freilich, aber doch eines, das den Geschichten, die wir hörten, nachging. So entstand das Buch »Reisen zu verlorenen Nachbarn. Die Juden von Wiesmath«. Mit Unterstützung eines freundlichen Kreises von Menschen, die in verschiedener Weise vom geschilderten Inhalt »betroffen« waren, und erfreulicherweise auch mit einem Beitrag des »Zukunftsfonds der Republik Österreich« liegt der Band seit ein paar Monaten auch als »Travels to lost neighbors. The Jews from Wiesmath« vor, und damit auch für die Nachkommen der Vertriebenen verständlich.

Das deutsche Buch wurde ca. 20 Mal im weiteren Umfeld des Dorfs bis nach Wien präsentiert. Von spezieller Bedeutung war die Veranstaltung in Wiesmath im Frühjahr 2018 vor über 120 Besuchern mit dem schnellen Ausverkauf der aufgelegten 50 Bücher. Wiesmath war nicht nur der Schauplatz der Beraubung und Vertreibung beim sogenannten »Umbruch« von 1938, sondern auch des Desinteresses und der Ablehnung von Auseinandersetzung mit der Geschichte von Seiten der Gemeindepolitik und des Pfarramts bis in die jüngste Zeit. Mein Vorschlag an Bürgermeister und Pfarrer, mit Lilli Argov bei ihrem Besuch in Wiesmath Kontakt aufzunehmen, blieb ohne Antwort.

Der Bürgermeister und Nationalratsabgeordnete von Bad Erlach am Rand der »Buckligen Welt« hat einen anderen Weg eingeschlagen. In einem ehemals jüdischen Kaufhaus hat er ein Museum einrichten lassen, zum Gedenken an das in Ort und Region vernichtete jüdische Leben. Eröffnet wurde es vor eingeladenen Nachkommen der Vertriebenen.

In Wiesmath steht neben der Kirche das alte »Kriegerdenkmal« für die Toten der beiden Weltkriege mit der Aufschrift: »In treuem Gedenken den gefallenen Helden der Gemeinde Wiesmath«. An der Kirchenmauer steht ein niedriger Stein mit der Aufschrift: »Im Gedenken an die jüdischen Familien Reininger, Jaul und Stieglitz, die im Jahre 1938 unter widrigen politischen Verhältnissen aus Wiesmath vertrieben wurden, sowie an all jene Menschen, die in Zeiten des Krieges, der Drangsal, der Not zu leiden hatten.« Recht dürres Gras auf den roots. Da muss noch viel gegossen werden.

Lorenz Glatz: Reisen zu verlorenen Nachbarn. Die Juden von Wiesmath. Löcker Verlag Wien, 2017, 250 Seiten, 19,80 Euro

ANZEIGE

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 10/20 u.a.:

- Lars Hirsekorn: »Keine Angst vor der Wende« - Wer braucht eigentlich Autos und für was?
- Stephan Krull: »Putsch oder Palastrevolte?« - Die Wahl der neuen IGM-Geschäftsführung in Wolfsburg lief nicht nach Drehbuch
- Peter Schadt: »Digitalisierung als Scheinsubjekt« - Wo bleibt eigentlich das Kapital?
- Slave Cabela: »Lösung vs. Sieg« - Das Verhältnis von betrieblicher Mitbestimmung und Organizing in Deutschland
- AG KITas: »Sündenbock oder systemrelevant?« - ErzieherInnen während der Corona-Krise
- WSI: »Behinderung von Betriebsratsgründungen« - Keine Einzelfälle, häufig in inhabergeführten Unternehmen

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen



VERFOLGUNG VON HOMOSEXUELLEN

» Den Opfern ein Stück Würde zurückgeben «

Homosexuelle, die in der NS-Zeit verfolgt oder ermordet wurden, waren als Opfergruppe lange diskriminiert. Das machte auch die Erforschung ihrer Opfergeschichte schwierig. Christian Till und Christian Rathmer haben trotzdem dazu recherchiert. Ein Gespräch darüber, wie die fehlende Anerkennung von Unrecht seine Aufarbeitung erschwert. Die Fragen stellte CONTRASTE-Autorin Friederike Grabitz aus Lübeck.

Seit Jahrzehnten gibt es Gedenkstätten für ethnische, religiöse oder auch politische NS-Opfer. Dass damals auch Homosexuelle getötet wurden, rückt erst seit wenigen Jahren ins öffentliche Bewusstsein.

Till: 2012 wurde hier am Opferdenkmal ein Kranz niedergelegt. Die wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten wurden aber bei dieser Gedenkveranstaltung vergessen. Wir wollen ihnen Biografien, Namen und Gesichter, also ein Stück Würde wiedergeben.

Sie haben das Schicksal Lübecker Homosexueller im »Dritten Reich« recherchiert. Wird dazu viel geforscht?

Rathmer: Nein, sehr wenig. Meistens beschäftigen sich damit Graswurzel-Historiker. Für mich hat der CSD den Anstoß gegeben und meine Forschung wurde mit Hilfe der Stadt finanziert.

Sie haben Fälle von 150 homosexuellen Männern aufgedeckt. Was war mit denen geschehen?

Rathmer: Viele wurden gedemütigt, sterilisiert oder kastriert, oder sie mussten in Moorlagern arbeiten. Grundlage dafür war ein Gesetz aus dem Kaiserreich, der Paragraf 175, der Beischlaf zwischen Gleichgeschlechtlichen unter Strafe stellte. Die Nazis haben ihn wieder eingesetzt und verschärft, indem sie jede Form der Zuneigung unter Strafe stellten, ohne dass klar war, was nun eigentlich eine schwule Handlung ist. Menschen wurden verhaftet, ohne dass da etwas vorgefallen sein musste.

Was ist dann mit ihnen passiert?



▲ »Rosa Winkel«-Denkmal am Kölner Rheinufer - ein Mahnmal für die schwulen und lesbischen Opfer des Nationalsozialismus. Foto: Jörg Lenk

Rathmer: Sie bekamen zwischen zwei Monaten und zwei Jahren Haft. Wer nochmals verhaftet wurde, galt als Wiederholungstäter, beim dritten Mal als Berufsverbrecher. Dann kam man in ein Konzentrationslager oder nach Verbüßung der Haft in die Psychiatrie. Etwa die Hälfte derer, die dorthin eingewiesen wurden, wurden getötet. Nach den Reichsstatistiken wurden zwischen 1939 und 1944 annähernd 900 Männer verurteilt, von denen sind 250 ins Konzentrationslager eingewiesen worden. Die Hälfte wurde nachweislich ermordet.

Sie haben in Archiven in ganz Norddeutschland und bis nach Hessen recherchiert. Wie verlässlich sind Ihre Akten?

Rathmer: Teils habe ich von der Polizeizakte bis zur Todesurkunde alles gut dokumentiert, teils gibt es nur Hinweise. Von besser gestellten Opfern, wie Kaufleuten, haben wir oft viele Quellen, weil die Angehörigen sich mit Anwälten für sie einsetzen konnten. Zu anderen Gefange-

nen habe ich gar keine Akten, etwa Friedrich Paul von Grossheim.

Von ihm haben Sie Zeitzeugenberichte.

Rathmer: Ohne Männer wie ihn wäre die Forschung vielleicht überhaupt nicht angestoßen worden. Er hat nach Jahrzehnten das Schweigen gebrochen und über seine Leidenszeit gesprochen.

Was ist mit ihm in der NS-Zeit passiert?

Till: Er wurde 1939 verhaftet, aber wieder freigelassen, weil er zustimmte, sich kastrieren zu lassen. Es gab diese Kastrationen oft, weil die Nazis glaubten, damit die Triebe von Homosexuellen unterbinden zu können. Daran waren also auch Ärzte und Gesundheitsämter beteiligt.

Grossheim war in den Lübecker Gestapo-Zellen verhört worden. Sie versuchen nun, daraus einen Gedenkort zu machen.

Till: Dort war das Polizeipräsidium und das Büro der Geheimen Staatspolizei untergebracht. Heute ist dort noch nicht einmal eine Informationstafel darüber.

Hatten Männer wie Grossheim nach dem Krieg auch noch Probleme?

Till: Nach 1949 wurde in der BRD, anders als in der DDR, der Paragraf 175 nicht zurückgenommen. Die Männer wurden also weiter kriminalisiert. Erst ab 1969 waren gleichgeschlechtliche Beziehungen nicht mehr direkt strafbar.

Dann wurden nur noch Fälle verfolgt, in denen Männer mit Minderjährigen verkehrten – also auch, wenn ein 20-jähriger mit einem 21-jährigen zusammen war. Erst seit 1994 werden bei uns Homosexuelle wirklich nicht mehr verfolgt.

Bekamen sie also auch keine Wiedergutmachung?

Rathmer: Für die Justiz gab es damals nichts wiedergutzumachen. Grossheim zum Beispiel wurde nie rehabilitiert und hat auch nach der kompletten Aufhebung des Paragraphen 175 keine Wiedergutmachung bekommen, weil er die Nachweise nicht führen konnte.

Welche Rolle spielt das Erstarken der AfD heute für die queeren Gruppen?

Till: Die AfD bricht vieles frei, was es an Vorurteilen ohnehin schon gab, und macht Homophobie und Ausgrenzung wieder salonfähig. Sie stellt Anträge, die die Ehe für alle zurücknehmen sollen, oder will alle Homosexuellen erfassen. Und so wie AIDS einmal als »Schwulenseuche« galt, gibt es auch heute Stimmen von fundamentalen Christen, die sagen, das Corona-Virus sei Gottes Strafe. Da wird man für Erdbeben, Vulkanausbrüche und Dürren verantwortlich gemacht.

Christian Till ist Vorstand des Lübecker CSD e.V. und Aktivist der LSBTIQ*-Community in Lübeck.

Christian Rathmer ist freischaffender Historiker und erforscht mit Unterstützung des CSD das Schicksal von Lübecker Homosexuellen im »Dritten Reich«.

FRAUEN-WIDERSTAND IM BESETZTEN FRANKREICH

Leben für die Freiheit

Bei der französischen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus und die Besetzung durch Hitler waren auch viele Frauen aktiv. Ihr Engagement geriet jedoch nach dem Krieg oft in Vergessenheit. Die Protagonist*innen des Buches von Baya Maouche konnten diesem Schicksal entgehen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

Nach dem sogenannten N.N. (Nomen Nescio)-Erlass Hitlers im Dezember 1941 wurden Zivilpersonen aus den besetzten Ländern, die des Widerstands gegen die Besatzungsmacht verdächtig waren, nach ihrer Verhaftung nach Deutschland deportiert.

Bezüglich ihres Aufenthalts und ihrer Verfahren war absolute Geheimhaltung angeordnet, auf diese Anklage stand aber in jedem Fall die Todesstrafe. Das Ziel dieses Erlasses war die Einschüchterung der Antifaschist*innen, die nicht wussten, wo ihre Familienmitglieder und Freund*innen geblieben waren. Deshalb wurde dieser Erlass im Volksmund auch »Nacht-und-Nebel«-Erlass genannt. Erst viele Jahre nach dem Krieg bekamen Historiker*innen Zugang zu den Dokumenten, die Auskunft über die Prozesse und Hinrichtungen gaben. Zwei Frauen, denen dieses Schicksal widerfuhr, beschreibt Baya Maouche in ihrem Buch näher: France Bloch-Sérazin (1913-1943) und Suzanne Masson (1901-1943). Beide gelten als Ikonen des französischen Widerstands und wurden in Frankreich und Deutschland vielfach ausgezeichnet.

Maouche beginnt mit einer Beschreibung des historischen Hintergrundes. Zu Beginn der 1930er Jahre konnten in vielen Ländern Europas rechtsextreme Bewegungen Zulauf verzeichnen. In Frankreich strebten sie 1934 eine Diktatur nach dem Vorbild Mussolinis an. Gleichzeitig entstanden fast überall in Europa Volksbündnisse gegen den Faschismus. In Frankreich überwand die französische Linksparteien ihre Konflikte und schlossen sich mit Liberalen zu einer breiten Volksfront gegen den Faschismus zusammen. Noch einmal breiter wurde dieses Bündnis nach der Kapitulation Frankreichs und

der Besetzung durch die Deutschen 1940. Die als »Résistance« bekannte Widerstandsbewegung gegen die Kapitulation wurde von der Exilregierung in London unter Charles de Gaulle angeführt. Neben Soldaten und Partisanenkämpfern beteiligten sich auch viele Frauen in unterschiedlichen Rollen.

France Bloch wurde in eine links-intellektuelle bürgerliche Familie hineingeboren, verbrachte eine unbeschwertere Kindheit, war vielseitig begabt, studierte Mathematik und Chemie und erhielt eine Stelle in einem Labor des chemischen Instituts in Paris. Durch die zunehmende faschistische Bedrohung begann France sich politisch zu engagieren und trat schließlich der kommunistischen Partei bei. Dort lernte sie auch ihren Mann Frédéric Sérazin kennen, 1940 wurde ihr gemeinsamer Sohn geboren. France stellte in einem eigens dafür eingerichteten Labor Bomben, Sprengstoff und Zündschnüre für die Résistance her.

Ganz anders verlief die Biografie von Suzanne Masson. Ihr Vater starb früh und sie musste bereits mit 13 Jahren ins Berufsleben einsteigen, wo sie sich bald in der Gewerkschaft engagierte und ebenfalls der KPf beitrug. Sie vervielfältigte und verteilte Flugblätter, die zum Widerstand aufriefen.

Beide Frauen wurden verhaftet und schließlich nach Deutschland deportiert und dort 1943 hingerichtet.

Die Tätigkeiten der Frauen in der Résistance hatten häufig subversiven Charakter im Alltag, brachten sie aber nicht weniger in Lebensgefahr als die Männer im unmittelbaren Kampf. Sie versteckten Kommunist*innen oder Jüdinnen und Juden, sie erledigten Kurierdienste

und versuchten auf vielfältige Art, die Besatzer zu behindern. Während nach dem Krieg viele männliche Widerstandskämpfer als Helden gefeiert und ausgezeichnet wurden, gerieten die Leistungen der Frauen oft in Vergessenheit. Erst im Zuge der historischen Aufarbeitung wurden die Spuren vieler weiblicher Widerstandskämpferinnen wieder aufgenommen. Baya Maouche führt in ihrem Buch stellvertretend auch noch einige weitere an.

In beiden Ländern begann die Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit etwa zur gleichen Zeit, nämlich in den 1970er Jahren, in Frankreich mit dem Prozess gegen Klaus Barbie, den »Schlächter von Lyon«, in Deutschland als Folge der 1968er Bewegung. Während France Bloch-Sérazin nachträglich in einem Familiengrab beigesetzt werden konnte, weiß man bis heute nicht, wo die sterblichen Überreste von Suzanne Masson vergraben sind, ein würdevolles Begräbnis ist ihr bis heute verwehrt geblieben.

Das schmale Buch von Baya Maouche ist weniger eine Biografie – dafür sind die Lebensgeschichten der beiden Frauen zu kurz abgehandelt – es steht vielmehr für eine weibliche Sicht auf Widerstand und Kampf gegen den Faschismus und zeigt die bedeutende Rolle, die Frauen darin spielten. Sie starben, so steht es im Klappentext, »damit wir in Freiheit leben können«.

Baya Maouche ist freiberufliche Historikerin mit algerischen Wurzeln, die sich seit vielen Jahren für die Information über französische Widerstandskämpfer*innen in der NS-Zeit stark macht. Das Buch »Leben für die Freiheit« wurde privat gedruckt und kann bei der Autorin bestellt werden: <http://bayamaouche.wordpress.com/>

ANTI-KOHLBEWEGUNG IN KASSEL

Bürger*innenbegehren als erfolgreiches Druckmittel

In vielen Städten stellen klimaschädliche Kohlekraftwerke nach wie vor das Rückgrat der Strom- und Wärmeversorgung dar. Auch in Kassel steht eines der zerstörerischen Braunkohlekraftwerke. Über anderthalb Jahre hinweg hat das Kampagnenbündnis »kassel kohlefrei« mithilfe eines Bürgerbegehrens Druck für einen raschen Kohleausstieg ausgeübt – erfolgreich. Spätestens ab 2025 wird in Kassel keine Kohle mehr verbrannt. In Zukunft kommt die wohlige Wärme in Kassel aus Klärschlamm und Altholz.

ARVID JASPER, KASSEL KOHLEFREI

Kassel vollzieht damit einen schnellen Kohleausstieg, wie es ihn dringend auch auf Bundesebene bräuchte. Das von der Bundesregierung vorgesehene Ausstiegsjahr 2038 ist ein Schlag ins Gesicht für hunderte Millionen Menschen, die von den katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise schon heute betroffen sind. Anstatt die Folgen der Klimakrise zu lindern, sollen über vier Milliarden Euro Subventionen an die Braunkohlekonzerne gezahlt werden. Dabei konnten diese über fast zwei Jahrhunderte völlig kostenfrei ihren CO₂-Müll in der Atmosphäre endlagern und so die weltweiten Lebensgrundlagen aus dem Gleichgewicht reißen. Nach wie vor wollen der Braunkohlekonzern RWE und das Land NRW den Tagebau Garzweiler zwischen Köln und Aachen bis 2038 fortführen. Dafür sollen sechs Dörfer mit etwa 1.500 Bewohner*innen weichen. Der Widerstand der betroffenen Dorfbewohner*innen im Bündnis »Alle Dörfer Bleiben« wächst genauso wie der bundesweite Widerstand gegen städtische Kraftwerke.

Kohleheizkraftwerke sind allerdings als durchgehende Wärmequelle systemisch schwierig zu ersetzen. Dabei sind Wärmenetze mit Wärmespeichern zentral für die klimafreundliche Wärmewende, da Wärme dort viel effizienter produziert werden kann als in Einfamilienhäusern. Als erneuerbare Energieträger kommen biogene Reststoffe allerdings nur



▲ Daumen auf die Kohle: Das Bündnis »kassel kohlefrei« hat es geschafft, dass ab 2025 in Kassel keine Kohle mehr verbrannt wird.

Foto: kassel kohlefrei

begrenzt infrage, da viele der umwelt- und menschenverträglichen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft sind. Skandinavien setzt seit Jahrzehnten hingegen erfolgreich auf strombetriebene Groß-Wärmepumpen. Diese pumpen ähnlich einem riesigen Kühlschranks hocheffizient die Wärme aus dem Untergrund, dem Boden, Flüssen oder einer großen Solarthermie-Anlage hoch. Doch die Bundesregierung blockiert deren dynamische Entwicklung durch die Steuerleichterung der Alternativen Heizöl und Erdgas.

Es braucht mutige Kampagnen

Da alle Kohlekraftwerke auf kurz oder lang umgerüstet oder ersetzt werden müssen, liegen bundesweit nun überall Pläne auf den Schreibtischen. Dabei lassen sich viele Stadtwerke zumindest etwas eher auf Neuerungen ein als

die verkrustete Energiewirtschaft der Großkonzerne. Das Thema ist in den Aufsichtsräten genauso angekommen wie in den Medien. Doch um den Kohleausstieg tatsächlich den entscheidenden Schritt über die Schwelle zu tragen, braucht es mutige Druck-Kampagnen. So kann den Stimmen einzelner progressiver Ingenieur*innen in den trägen Stadtwerks-Strukturen mehr Gehör verschafft werden.

Mit strategischer Kampagnenplanung lässt sich Großes erreichen. Im Januar 2019 begann eine entschlossene Arbeitsgruppe bei Klimagerechtigkeit Kassel (KligK) mit Recherchen und der Kampagnenvorbereitung. Im April formierte sich das Kampagnenbündnis mit zunächst sechs Bündnispartner*innen aus der lokalen Klima- und Umweltbewegung. Nach ersten Lobbygesprächen und dem Aufbau der Strukturen ging die

Kampagne im August an die Öffentlichkeit. Die Städtischen Werke sahen sich kurz zuvor gezwungen, einen gegenüber früheren Plänen bereits um zwei Jahre vorgezogenen Kohleausstieg im Jahr 2028 zu verkünden. Nach erfolglosen weiteren Gesprächen und einer Prüfung der Abstimmungsfrage in einem Rechtsgutachten startete im November die Unterschriften-sammlung für das Bürgerbegehren. Trotz Winterwetter konnten bis April über 7.500 Unterschriften für ein kohlefreies Kassel 2023 gesammelt werden. Doch kurz vor der angekündigten Unterschriftenabgabe gaben die Städtischen Werke überraschend nach: Kohleausstieg sei doch schon 2025 möglich. In den letzten Monaten folgte nun noch ein weitreichenderes Bekenntnis des Oberbürgermeisters und des Aufsichtsrats der Kraftwerksgesellschaft für diesen Ausstiegsfad.

Rechtliche Hürden und Zeitaufwand

Trotz großer Erfolge sind Bürgerbegehren jedoch keine Selbstläufer. Die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen unterscheiden sich stark zwischen den Bundesländern. Stets müssen die Unterschriften zeitaufwändig analog gesammelt werden. Nach dem Einreichen der Unterschriften prüft die Kommune, ob die rechtlichen Mindestvoraussetzungen erfüllt wurden. In hessischen Großstädten müssen mindestens drei Prozent der Kommunalwahlberechtigten gültig unterzeichnet haben. Zusätzlich ist aber auch eine »rechtlich durchführbare« Kostenschätzung und -deckung nötig, ohne dass die Kommune eine Mitwirkungspflicht hat. So kommt es häufig dazu, dass hessische Bürgerbegehren von der Stadtverordnetenversammlung abgeschmettert werden. Nur selten wird hier ein gestartetes Bürgerbegehren wirklich als Bürger*innenentscheid abgestimmt. Diese Hürden müssen auf Landesebene nach den Vorschlägen von Mehr Demokratie e.V. dringend abgebaut werden.

Um dennoch erfolgreich Druck aufbauen zu können, kann mensch auf professionelle Unterstützung zurückgreifen. Das Umweltinstitut München hat nach seiner Beteiligung an »München raus aus der Steinkohle« ein bundesweit nutzbares Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Neben »kassel kohlefrei« wurde so ein erfahrenes Netzwerk von einem Dutzend weiterer Bürgerbegehren gegen lokale Kohlekraftwerke angestoßen und beraten. Nach einigen spektakulären Erfolgen gibt es bundesweit noch 23 weitere Kohlekraftwerke in städtischer Hand, die über ein Bürgerbegehren zu einem raschen Kohleausstieg gedrängt werden können.

Unter www.klimawende.org finden sich alle Infos zu den Kraftwerken - und Unterstützung beim Aufbau eines eigenen Bürger*innenbegehrens. Gerne vorbeischaun!

DANNENRÖDER FORST

Wald statt Asphalt - Verkehrswende statt Autobahn!

Wir schreiben das Jahr 2020. Die Klimakatastrophe schreitet voran und es gibt einen breiten gesellschaftlichen und einen noch breiteren wissenschaftlichen Konsens, dass es eines Umdenkens und schnellen Handelns bedarf, um das Schlimmste zu verhindern. Gleichzeitig wird mitten in Deutschland eine Autobahn gebaut, bei deren Bau mehrere Wälder weichen müssen. Außerdem verläuft die geplante Trasse der A49 durch ein Wasserschutzgebiet, das rund eine halbe Million Menschen mit Trinkwasser versorgt - eine Ressource, die immer knapper werden wird.

KLIMAGERECHTIGKEIT KASSEL (KligK)

Dieses Wasserschutzgebiet ist als Dannenröder Wald, oder einfach Danni, bekannt und nicht der einzige Wald, durch den eine Schneise geschlagen werden soll. Teile des nördlich gelegenen Herrenwalds (seit 2004 europäisches Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet) sowie des südlich des Danni gelegenen Maulbacher Waldes müssen ebenfalls weichen.

Um dies zu verhindern, wurde vor der Rodungssaison 2019 der Danni erstmals besetzt. 2020 wurden die dortigen Strukturen ausgebaut und

auf die aktuelle Rodungssaison hin stark vergrößert. Im Wald gibt es inzwischen über hundert Baumhäuser. Die Zahl der dauerhaften Besetzer*innen dürfte sich in der gleichen Größenordnung bewegen. Der gesamte Wald ist voller kreativ gestalteter Barrikaden auf den Wegen, um eine Räumung möglichst schwer zu machen. Außerdem gibt es bei Dannenrod eine dauerhaft besetzte Mahnwache und zwei Protestcamps. Besonders zu den Wochenenden, an denen regelmäßig Demos und Waldspaziergänge mit teils prominenten Gästen stattfinden, sind (teils weit) über 1.000 Menschen in und um die Wälder zu finden. Auch KligK ist im Wald aktiv und beteiligt sich am Protest gegen diesen klimapolitischen Wahnsinn. Die Besetzung ist aber nicht nur eine Ansammlung von Baumhäusern und Barrikaden, sondern zu einem sehr lebendigen Ort geworden, an dem Utopien gelebt und Formen der Selbstorganisation praktisch erprobt werden.

Baustopp für alle Autobahnen

Hinter der Waldbesetzung steht ein breites Bündnis gegen die A49, das

aber nicht nur einen Baustopp dieses konkreten Bauabschnittes, sondern aller Autobahnen fordert. Nicht erst seit der aktuellen, von Fridays for Future in Auftrag gegebenen Studie ist klar, dass es eine konsequente Verkehrswende braucht, wenn das 1,5 Grad-Ziel noch eingehalten werden soll. Das Auto als Hauptverkehrsmittel muss ersetzt werden. Wir brauchen einen für alle erschwinglichen ÖPNV, einen radikalen Ausbau von Fahrradinfrastruktur, günstigen Bahn-Fernverkehr für Personen und Güter, und Kurzstreckenflüge müssen verboten werden.

Der politische Konflikt hinter den Bauplänen für die A49 ist verzwickelt. Da es sich um eine Bundesautobahn handelt, liegt die Entscheidungsgewalt auf Bundesebene. Die Planung wiederum obliegt der Landesregierung, die in Hessen aktuell von CDU und Grünen gestellt wird. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass die A49 zu Ende gebaut werden soll, was die Grünen nun in ein Dilemma bringt. Eigentlich haben sie bisher gegen die Autobahn gekämpft. Auch die Bundesebene hat sich gegen den Weiterbau ausgesprochen, aber die hessische Fraktion sieht sich an den

Koalitionsvertrag und die Entscheidung des Bundes gebunden. Die Autobahngegner*innen sind schwer enttäuscht von den hessischen Grünen, die nun zugunsten des Burgfriedens mit der CDU nicht einmal versuchen, den Bau zu stoppen. Dies führt zu einem Bruch zwischen Partei und Bewegung und könnte die Grünen einiges an Unterstützung kosten.

Mitte Oktober läuft der Polizeieinsatz vor allem in Herrenwald. Der Maulbacher Wald ist bereits geräumt und eine Schneise wurde gerodet. Während es im Danni selbst noch ruhig ist, liefert sich die Polizei ein Katz-und-Maus Spiel mit Aktivist*innen im Herrenwald und gefährdet dabei immer wieder Menschenleben indem sie Rodungsarbeiten durchführt, bevor die Räumung abgeschlossen ist, während die Presse gleichzeitig oft »aus Sicherheitsgründen« ausgeschlossen wird. Nur gemeinsam haben wir eine Chance, den Wald zu retten und diesen Wahnsinn noch aufzuhalten.

Links:
<https://www.xn--mahnwache-dannenroder-forst-fsc.de/>

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 196: Krise der (europäischen) Sozialdemokratie (3/2019)
- Nr. 197: Krisen der Reproduktion (4/2019)
- Nr. 198: Globale Stoffströme und internationale Arbeitsteilung (1/2020)
- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes - heute

Einzelheft:
192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER

Wie » 1968 « auf dem Land wirkte

Die Wirkung des »kurzen 68« in den langen 1960er Jahren kann wohl erst mit einem Blick in die Fläche, hinein in die ländlichen Räume und die Kleinstädte, wirklich abgeschätzt werden. Ein neuer Sammelband liefert ein-

ge neue Aspekte zum Verhältnis von Bewegung, Aufbruch und Beharrung. Insgesamt sind in ihm vierzehn Beiträge versammelt.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN



Nach der Einleitung geht es in zwei grundlegenden Aufsätzen um die Modernisierung der ländlichen Räume, vor allem durch gestiegene Mobilität, mehr Bildung und höhere Einkommen. Im Rückblick betrachtet, schafft die Moderne – mit Freizeit und Geld, Medien und Bildung – als Ergebnis erst die Voraussetzungen für die (fundamentale) Kritik an ihr. Die neuen sozialen Bewegungen deuten, so eine Entwicklung, die Provinz von einem rückständigen Gebiet zu etwas Positivem um, zu »Heimat« (Detlef Siegfried).

Mit dem zweiten Kapitel beginnen dann die Teilstudien. Zwei Beiträgen zur evangelischen Kirche (Claudia Lepp) und deren Jugend- und Bildungsarbeit folgt ein Beitrag zur Reaktion der Heimatvereine bzw. der Heimatbewegung auf »1968« (Dietmar von Reeken). Sind die Kirchen, ähnlich wie die Schulen mit ihren Lehrer*innen, von den gerade für die Provinz wichtigen jungen Pfarrer*innen geprägt, so konnte bei den Heimatvereinen bisher keine große Veränderung festgestellt werden. Diese lösen sich zwar von ihrer symbiotischen Bindung an die Landespolitik und stellen sich auch sehr zögerlich der lokalen NS-Geschichte. Im Grunde werden sie nun zu Instrumenten der Tourismusförderung.

Autorität wird in Frage gestellt

Der dritte Abschnitt widmet sich dann »klassischen« neuen sozialen Bewegungen. Hier werden nach einem Beitrag zur neuen Frauenbewegung, der vor allem deren Verschränkungen zur Transformation der Erwachsenenbildung nachspürt (Julia Paulus), zwei lokale Beispiele aus Niedersachsen näher vorgestellt: Die Schüler*innenbewegung von 1967 bis 1970 am damals mit größten Gymnasium Niedersachsens in Stadthagen. Hier wurde, wie anderswo, mit Forderungen nach

Demokratie die Autorität der Lehrkräfte in Frage gestellt. Ländliche Räume waren stets Schauplatz umwelt- und energiepolitischer Auseinandersetzungen, die sich meist an Bauten festmachten. Birgit Metzger beschreibt die Proteste gegen eine Giftmülldeponie Anfang der 1980er Jahre.

Im vierten Kapitel geht es in drei Aufsätzen um Gewerkschaftsjugend (Knud Andresen), Jugendzentren (David Templin) und die Bedeutung des Anfang der 1970er Jahre in Mode kommenden, freilich geschlechtlich eindeutig konnotierten »Heimwerkens« (Jonathan Voges). Die damit verbundenen Praktiken des distinktionsgeprägten (auf den Unterschied zum anderen achtendes) Wohnens und Lebens wurden auch von den Post-68ern geteilt, wenn auch auf etwas andere Art. Im letzten Abschnitt taucht dann unvermittelt die DDR auf. Auch wenn es dort »eine mit der Bundesrepublik vergleichbare, alternative ökonomische oder subkulturelle Infrastruktur und Vernetzung nur schwerlich« geben konnte, gab es selbstverständlich auch in der DDR Provinz und dort Nischen und Dissidenz, etwa auf Hiddensee oder in abgelegenen kirchlichen Einrichtungen. Der letzte Aufsatz, verfasst von der Herausgeberin Seegers, beschreibt mit Interviews als Materialbasis sehr plastisch zwei Mitte der 1970er gegründete Landkommunen im Schaumburger Land bei Hannover.

Der für die Ausstattung äußerst preiswerte Band liefert bekanntes, an anderer Stelle bereits ausgeführtes Wissen, etwa über die immanente Bedeutung von Jugendzentren oder von Pop und Underground-Musik. Durchgängig wird »1968« vor allem als Transformation der Alltagskultur und der Lebensstile beschrieben, und nicht etwa als »linker« oder gar »sozialistischer Aufbruch«, der »1968« ja auch, wenn nicht vorrangig, war. So wird die »Jugendrevolte«

(Detlef Siegfried) dann doch etwas entpolitisiert.

Was ist mit der Landwirtschaft?

Neue Erkenntnisse bieten die zwei Beiträge zu den evangelischen Kirchen bzw. deren Jugendarbeit und der Beitrag zum Heimwerken. Sie sind deswegen besonders lesenswert. Wer sich noch nicht viel mit dem Thema beschäftigt hat, bekommt einen guten Eindruck vom Stand der Debatte und der Forschung. Der Band zeigt aber auch die weißen, noch unerforschten Flecken auf. Was ist zum Beispiel mit der Landwirtschaft, den landwirtschaftlichen Verbänden? Weit wichtiger ist etwas anderes: Im Buch wird die Bedeutung von auf dem Land geborenen Rückkehrer*innen aus den größeren Städten dorthin nur kurz erwähnt, und ebenso, dass viele (spätere) Linke ja aus der Provinz in die Uni-Städte strömten und dort die Revolte prägten. Welche mentalen Prägungen brachten diese jeweils mit, welche Ideentransfers wurden damit ermöglicht und gelebt? Bestand die außerparlamentarische Opposition nicht zu einem Großteil aus Akteur*innen, die dank der Bildungsexpansion den ländlichen Zwängen entfliehen konnten und wollten?

In Westdeutschland bilden viele der Linken und späteren Alternativen vom Land dann die erste Generation der grünen Partei und werden womöglich, wenn sie sich auch kommunal engagieren und exponieren, so etwas wie »alternative Honoratioren«.

Ein kleines Radiofeature zum Buch ist beim Deutschlandfunk anzuhören: <https://tinyurl.com/y35p8nfp>

Lu Seegers: 1968: Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande. Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 341 Seiten, ISBN 978-3835334571, 22 Euro

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Beständige und beherzte Bloggerin

Lina Ben Mhenni war eine der Multiplikator*innen der tunesischen Revolution. Sie führte einen Blog, eine Art öffentliches digitales Tagebuch, in dem sie zunächst persönliche Dinge behandelte. Als sich die politische Lage zuspitzte, reiste sie in verschiedene tunesische Städte, stellte eigene Recherchen an und dokumentierte die erlebte Entwicklung.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Im Dezember 2010 entfachte die Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi das Feuer, das die schwelende Unzufriedenheit der tunesischen Bevölkerung mit der desolaten Wirtschaftspolitik, den mangelnden Zukunftschancen für junge Menschen und der despotisch und korrupt erlebten Regierungspolitik zur Explosion brachte. Stark gestiegene Lebensmittelpreise und Energiekosten trieben die Menschen auf die Straße. Massenunruhen und Plünderungen entwickelten sich zu einem Volksaufstand, der die tunesische Revolution auslöste.

Als sich auch noch das Militär auf die Seite der Protestierenden und gegen die Sicherheitskräfte stellte, verließ Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali mit seiner Ehefrau und zwei seiner

Kinder im Januar 2011 fluchtartig das Land. Beschleunigt und begünstigt wurde die Dynamik durch moderne Kommunikationstechnik und digitale Medien, die die Entwicklungen an verschiedenen Orten dokumentierten und transparent machten.

Zentrales Medium der Opposition

Genau das tat auch die Sprachwissenschaftlerin und Übersetzerin Lina Ben Mhenni auf ihrem Blog. Da ihre Fotos und Beiträge häufig die ersten Informationen in englischer Sprache über Demonstrationen, Polizeieinsätze und Verletzte waren, erlangte sie internationale Bekanntheit. Ihr Blog »A Tunisian Girl« entwickelte sich zum zentralen Medium der Opposition, auch wenn sie stets betonte, nur für sich selbst zu sprechen. Ausländische Journalist*innen standen in Verbindung mit ihr.

Bereits Jahre vor dem Aufstand schrieb sie über Dinge, die beim Regime unbeliebt waren, daher wurden sowohl ihr Blog als auch ihre Facebook-Seite zensiert. Ben Mhenni thematisierte Zensur und Menschenrechtsfragen in Tunesien. In Absprache mit deren Familien fotografierte sie die Leichen von jungen Menschen, die während des Aufstands getötet

wurden, und machte so die Toten öffentlich. Wegen ihrer publizistischen Veröffentlichungen war sie Repressionen des tunesischen Staates ausgesetzt. Sie wurde beobachtet, verfolgt und bedroht. In ihre Wohnung wurde eingebrochen, ihr Computer und ihre Kameraausrüstung wurden gestohlen.

Doch sie ließ sich nicht entmutigen. Auch als die internationale Aufmerksamkeit nach der ersten Welle der Proteste nachließ, engagierte sich Ben Mhenni weiter für die Stärkung der Zivilgesellschaft und für soziale und demokratische Veränderungen. Durch ihr nicht nachlassendes Engagement für Presse- und Meinungsfreiheit war sie als Anwärterin auf den Friedensnobelpreis im Gespräch.

Im Gegensatz zu ihrer mentalen Stärke hatte Lina Ben Mhenni eine zierliche, fast zerbrechliche Gestalt: Sie war keine 160 Zentimeter groß und wog keine 50 Kilogramm. Jahrelang litt sie unter einer chronischen Autoimmunerkrankung, die dazu führte, dass mitten im Studium ihre beiden Nieren versagten. Nach zwei Jahren Dialyse bekam sie eine Niere von ihrer Mutter gespendet. Ohne die neue Niere hätte ich nicht über die Ereignisse der Revolution berichten können, erzählte sie in einem

Gespräch. Die Spende habe ihr »erlaubt, zu leben« und »eine zweite Chance gegeben«.

Eine Stimme des Arabischen Frühlings

Ende 2019 kam es wieder zu schweren Komplikationen ihrer Autoimmunerkrankung. Am 27. Januar 2020 starb die tapfere Menschenrechtsaktivistin im Alter von 36 Jahren in einem Krankenhaus in Tunis. Mit einem Staatsbegräbnis verabschiedete sich Tunesien von seiner Stimme des Arabischen Frühlings.

Die Tunesische Post würdigte die unerschrockene Bloggerin und Bürgerrechtlerin im März mit einer Sonderbriefmarke und einem Sonderstempel. Die Ausgabe ist Teil einer Serie, mit der Menschen geehrt werden sollen, die sich für Meinungsfreiheit, den freien Zugang zum Internet und die Verteidigung der Menschenrechte eingesetzt haben, erklärte die tunesische Post.

In dem Zusammenhang erinnerte die Post an Lina Ben Mhennis Einsatz für das freie Wort und die Freiheitsrechte. Dies habe sich vor allem gezeigt, als sie die Menschenrechtsverletzungen des Ben Ali-Regimes im Frühjahr 2008 gegenüber der sozialen

Protestbewegung in den Bergwerkstädten der Region Gafsa kritisierte und verurteilte. Ferner, indem sie die sozialen und politischen Forderungen während der tunesischen Revolution im Dezember 2010 und Januar 2011 in ihrem Blog »A Tunisian Girl« verbreitet habe.



▲ Die tunesische Wirtschaftsjournalistin Synda Tajine nannte Lina Ben Mhenni das »Megaphon einer ganzen Generation«. Foto: Habib M'henni / Wikimedia Commons

WAS IST DAS EIGENTUM?



Knapp 30 Jahre nach der Veröffentlichung der ersten Denkschrift hat der Wiener Verlag Monte Verita nun auch die zweite Denkschrift von Pierre-Joseph Proudhon zum Thema Eigentum publiziert. Der hier von Lutz Roemheld, einer Koryphäe der deutschsprachigen Proudhon-Forschung, übersetzte Text wurde von Proudhon 1841 als Reaktion auf die Diskussion um seine erste Denkschrift verfasst und richtete sich an Blanqui – den Ökonomen, nicht dessen bekannten Bruder Louis-Auguste Blanqui, der sich als Politiker und Revolutionär hervortat. Die Übersetzung folgt der französischen Werkausgabe aus dem Jahr 1938.

Proudhons Auseinandersetzung mit dem Thema Eigentum erfolgte im ersten Text stets interdisziplinär, das heißt, er betrachtete sowohl die juristische Seite als auch historische, religiöse und nationalökonomische Aspekte. Ausgehend von einer klassischen Definition, die er aus dem römischen Recht exzerpierte, untersuchte er unterschiedliche Vorurteile gegenüber dem Eigentum sowie unterschiedliche Aspekte desselben. Dies führte ihn zu seiner provokanten Schlussfolgerung, die sich bereits bei Jean-Jacques Rousseau antizipiert findet, dass das Eigentum Diebstahl sei. Eine Spezifizierung dessen unternimmt er im Rahmen jener zweiten Denkschrift.

Das Vorwort hat der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Senft beigezeichnet, der sich auch in der Vergangenheit wiederholt als Herausgeber von Proudhon hervorgetan hat. Er ordnet Proudhons ökonomische Lehre in einen historischen und geistesgeschichtlichen Kontext ein. Dabei wird auch die heutige Debatte, die er beispielhaft an den Untersuchungen des deutschen Soziologen Ulrich Beck aufzeigt, miteinbezogen. Er hebt dabei hervor, dass der Diskurs über das Eigentum mit der Veröffentlichung von Proudhons erster Denkschrift in eine neue Richtung ging: »In der hier vorliegenden ›Zweiten Denkschrift‹ über das Eigentum von 1841 gelingt es Proudhon, wesentliche seiner ein Jahr zuvor veröffentlichten Gedanken zu ergänzen und zu präzisieren. Er verweilt nicht bei einer Kritik am Privilegiensystem des Feudalismus, sondern macht geltend, dass moderne Volkswirtschaften ebenso nicht legitimbare Vorrechte hervorbringen.« (S. 24f.) Ergänzend gibt es ein Personen- und Sachregister im Anhang.

Im Gegensatz zur ersten Denkschrift mit seinem vielzitierten Credo »Eigentum ist Diebstahl!« wurde die zweite Denkschrift weitaus weniger rezipiert. Eine Lektüre lohnt sich dennoch, wenn man gewillt ist, die ökonomische Theorie von Proudhon – trotz aller Marx'schen Kritik daran – ernsthaft zu studieren. Letztendlich bildet diese auch ein Fundament für seine politische Philosophie, die strömungsübergreifend im Anarchismus ihren Widerhall gefunden hat.

Maurice Schuhmann

Pierre-Joseph Proudhon: Was ist das Eigentum? 2. Denkschrift, Monte Verita Verlag Wien 2020, 347 S., ISBN 978-3-900434-87-8, 20 Euro

ANTI-ATOM-PROTEST ALS SOZIALE BEWEGUNG



100.000 Personen demonstrieren am 31. März 1979 in Hannover gegen Atomkraft und besonders gegen die Pläne, in Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) eine Wiederaufbereitungsanlage zu errichten. Die Demonstration ist der Abschluss eines einwöchigen Sternmarsches, des so genannten Gorleben-Trecks. Sie ist die bis dahin größte gegen Atomkraft in der Bundesrepublik. Niedersachsen ist mit Grohnde, Brokdorf und Gorleben der Hotspot der Protestbewegung gegen Atomkraft in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Mit »Treckler nach Hannover«, einer Ausstellung im Stadtmuseum Hannover, wurde 2019 an diesen Treck erinnert. Nun liegt die (wissenschaftliche) Begleitpublikation dazu vor.

In 19 Texten wird das Ereignis und seine Einbettung in die Protestgeschichte dargestellt, wie auch die Historisierung der Anti-AKW-Bewegung und die historisch-didaktische Vorbereitung der Ausstellung. Nach einer Einleitung folgen vier Artikel zum Treck selbst, dann sieben zu Protesten und neuen sozialen Bewegungen allgemein, und dem relativ neuen Gedanken, dass solche Ereignisse mentale und materielle Spuren in der Stadt- und Landesgeschichte hinterlassen, diese also auch zum kulturellen Erbe gehören. Konkret geht es um Wyhl, Wackersdorf, aber auch um die Umweltbewegung in der DDR oder transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung.

Danach wird, in sechs Beiträgen, die erwähnte Ausstellung im Zusammenhang historisch-politischer Bildung reflektiert. Der Anti-Atom-Konflikt, der ja gerade in Gorleben bis in die Gegenwart anhält, wird hier und heute als zivilgesellschaftlicher Lernort angesehen, in dem es um die Frage geht, »wie sich Demokratie als politisches System weiterentwickeln kann« (S. 327), statt bloß als Periode scharfer politischer Konflikte, die, mitunter von beiden Seiten, erbittert ausgefochten wurden. Abschließend stellt sich das aus der Bürgerinitiative heraus entstandene Gorleben-Archiv in Lüchow vor.

In dem Band werden sowohl konkrete Kämpfe und Orte der AKW-Bewegung vorgestellt, wie auch Thesen zur Einbettung dieser wichtigen Bewegung in die Protest- und Gesellschaftsgeschichte (West-) Deutschlands. Die Orte und Protestereignisse vor allem als Anlass für »demokratisches Lernen« zu nehmen, ist bei heutigen Jugendlichen sicher nicht ganz falsch. Politisch-inhaltlich ging es aber um weit mehr: Sie stellten fest, mussten feststellen, dass die Gegenseite nicht besonders viel Wert auf Demokratie legte, und mit dem Polizeiknüppel nachhalf.

Der Band enthält 77 zum Teil farbige Abbildungen, und ist gut geeignet die Anliegen der Bewegungen in Erinnerung zu rufen.

Bernd Hüttner

Detlef Schmiechen-Ackermann, Christian Hellwig, Wienke Stegmann, Karolin Quambusch, Jenny Hagemann (Hrsg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 367 S., 29 Euro

ELEKTROMOBILITÄT AUF DEM PRÜFSTAND



Dieses Buch vermittelt einen sozialwissenschaftlichen Blick auf das Thema Mobilität. Die Herausgeber schreiben in ihrer Einleitung, dass es viele Baustellen rund um das Thema des gesellschaftlichen Wandels hin zur E-Mobilität gäbe. Das Thema gehe weit über das E-Auto hinaus, da es auch Bus, Bahn, Logistik, Radfahren und zu Fuß gehen umfasse. Letztlich gehe es um gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit, um Industriepolitik, Automobil- und Zulieferindustrien, Arbeitsplätze im Verkehrssektor und gewerkschaftliche Positionen. Viele Facetten werden in diesem umfangreichen Band beleuchtet und diese zeigen, dass die Sozialwissenschaften viel Wissen zum Thema Verkehrswende beitragen können.

Die Publikation ist in vier thematische Schwerpunkte unterteilt. Der erste Abschnitt, »Mobilität im Wandel« kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass eine Mobilitätswende ein grundsätzliches Infragestellen des Automobils beinhaltet, das in unserer Gesellschaft eine symbolische Aufladung erfahren hat, für Freiheit und Individualismus steht und eine Verhaltensfixierung auf das Automobil und den Verbrennungsmotor zur Folge hat. Diese müsse durchbrochen werden, um einen Pfadwechsel Richtung Nachhaltigkeit zu bewirken.

Teil zwei beschäftigt sich mit den räumlichen Ausprägungen des Mobilitätswandels. Die Beiträge analysieren Lösungsstrategien für urbane Räume, Regiopole und ländliche Regionen, die jeweils unterschiedliche Wege der Verkehrswende und der Umsetzung von Car-Sharing-Lösungen erfordern. Abgeschlossen wird dieser Teil mit einem informativen Beitrag über die Rolle Chinas, der der Frage nachgeht, ob China ein Trendsetter der E-Mobilität sei.

Der dritte Teil setzt sich mit der Problematik von Lieferketten und Rohstoffen auseinander. Alle Beiträge kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die bisherige Ausrichtung der Automobilindustrie, aber auch die Umstellung auf Elektroautos deutlich zulasten des globalen Südens geht, also mit einer Externalisierung der sozial-ökologischen Kosten verbunden ist.

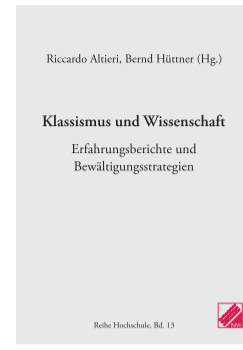
Abgeschlossen wird der Band mit Beiträgen rund um das Thema »Wertschöpfung und Beschäftigung«. Dort geht es unter anderem um das Stichwort »Sektorkopplung«. Dargestellt wird aber auch am Beispiel Österreich, wie eine Konversionsstrategie für die Automobilzulieferer aussehen könnte. Ein zentraler Akteur einer solchen Strategie könnte die IG Metall sein, für die in einem Beitrag ebenfalls Anforderungen an eine erfolgreiche Transformation erarbeitet werden.

Insgesamt ist es ein sehr informativer Band, der viele Argumente bereithält, die Interessierte und KritikerInnen der E-Mobilität im Rahmen der Verkehrswende gut nutzen können.

Herbert Klemisch

Brunnengräber, Achim / Haas, Tobias (Hrsg.): Baustelle Elektromobilität - Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-) Mobilität, transcript Verlag, Bielefeld 2020, 445 Seiten, 38 Euro (kostenlose Open Access-Version auf <https://www.transcript-verlag.de>)

KLASSISMUS IN DER WISSENSCHAFT



In der deutschsprachigen wissenschaftlichen Tradition ist es gängig, vermeintliche Objektivität über das Ausblenden der eigenen Position herzustellen. Aus der Ich-Perspektive zu schreiben, ist immer noch verpönt. Gerade aber in der Auseinandersetzung mit Klassismus und fehlender sozialer Durchlässigkeit in der Wissenschaft sollte hinterfragt werden, welche Erfahrungen als objektiv gesetzt und welche abgewertet werden. Der Zugang über die eigene Biografie macht das besonders greifbar, wie ein neuer Sammelband zeigt.

Der Historiker Riccardo Altieri und der Politikwissenschaftler Bernd Hüttner haben dazu aufgerufen, über persönliche Erfahrungen mit der Benachteiligung aufgrund sozialer Herkunft und Klassenunterschieden in Bildungsinstitutionen und im Wissenschaftsbetrieb zu schreiben. Dabei ging es den Herausgebern nicht darum, sich an der »richtigen« Definition des Klassismus-Begriffs abzuarbeiten, sondern den Fokus auf die individuellen Bewältigungsstrategien zu legen. In insgesamt 16 Beiträgen kommen Autor*innen aus Deutschland und Österreich zu Wort, die trotz statistischer Unwahrscheinlichkeit aus einem Arbeiter*innen- oder bäuerlichen Milieu oder verschiedenen schwierigen Lebensumständen, wie Gewalterfahrung, chronischer Krankheit oder einer schlicht ständig prekären finanziellen Situation, einen »Bildungsaufstieg« geschafft haben.

Einmal mehr wird die große Resonanz von Didier Eribons autobiographischer Analyse »Rückkehr nach Reims« deutlich, auf die in mehreren Beiträgen Bezug genommen wird. Zum Beispiel in der Erkenntnis, dass es einerseits soziales Kapital braucht, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, es aber auch erst für sich selbst vorstellbar werden muss, einen akademischen Abschluss auch verwerten zu können. Wiederkehrende Themen der Beiträge sind die Zerrissenheit und Entfremdung zwischen Herkunfts- und akademischen Milieu, die sich oft im Wechsel zwischen Wissenschafts- und Alltagssprache, geschliffener Hochsprache und dem meist abgewerteten Dialekt ausdrückt. Thematisiert wird die Unsicherheit, trotz akademischer Erfolge nicht »dazuzugehören« oder die Erkenntnis, dass das Selbstbewusstsein mancher Kolleg*innen und die größere Risikobereitschaft, eine Laufbahn im prekären Wissenschaftsbetrieb einzuschlagen, nicht zufällig mit einem familiären Sicherheitsnetz zusammenfällt. Besonders interessant ist es, zu lesen, wo subtile klassistische Ausgrenzungsmechanismen und Abwertungen erkannt und benannt werden und durch welche Erfahrungen sich für die Autor*innen die Perspektive ändert, vielleicht doch am richtigen Ort zu sein. Die Verbindung von persönlicher Erfahrung mit theoretischer Analyse macht das Buch zu einer lebendigen Lektüre mit dem Potential, notwendige Diskussionen über die elitäre Universität und ihre Ausschlüsse anzustoßen.

Bernadette Schönangerer

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner (Hrsg.): Klassismus und Wissenschaft. Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien, BdWi-Verlag Marburg 2020, 216 Seiten, 14 Euro

DAS ENDE DER »MAINZER STRASSE«



Im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain wurden am 14. November 1990 zwölf besetzte Häuser geräumt. Die »Mainzer Straße« ist damit Geschichte: Ein Versuch alternative Lebensweisen – zumindest ein Stück weit – gegen den kapitalistischen Markt zu realisieren wurde hier zerstört.

Dass diese zusammenhängende Besetzung von schon länger leerstehenden Häusern in einer Straße zustande kam, hing mit den Ereignissen und der rechtlich unklaren Lage 1989/90 zusammen. Die für den Abbruch vorgesehenen Häuser wurden im Mai 1990 besetzt, über den Sommer entwickelte sich ein reges Leben, das aber auch Angriffen von Neonazis ausgesetzt war, gegen die sich die BewohnerInnen wehrten. Es gab unter anderem ein weiterhin bekanntes »Tuntenhaus« mit der legendären Kneipe »Forellenhof« und ein Antiquariat für DDR-Literatur.

Als am 3. Oktober 1990 die staatliche Einheit Deutschlands vollends vollzogen wurde, übernahm letztendlich die Westberliner Polizei das Regiment. Die Räumung fünf Wochen später galt als einer der bis dahin größten und rabiatesten Polizeieinsätze in der westdeutschen Geschichte. Er hatte weitreichende Folgen: Er markierte vorerst das Ende der Berliner Hausbesetzer*innenbewegung, führte zum Bruch des rot-grünen Senats und hinterließ viele Beteiligte traumatisiert. Gerade über diese, durch den Polizeieinsatz verursachte Traumatisierung, die auch im Titel des Buches erwähnt wird, findet sich aber dort wenig zu lesen. In rahmenden Beiträgen oder in Interviews mit damals beteiligten führenden Polizist*innen lässt sich gut nachvollziehen, wie die Besetzer*innen medial markiert wurden (»Chaoten«) und in »gute und friedliche Instandbesetzer Ost« und »böse, gewalttätige Autonome West« gespalten wurden. Andere zeigen die relative Ohnmacht der DDR-Bürgerbewegung oder die Beflissenheit gerade der Westberliner SPD, sich als »Partei für Law und Order« zu positionieren und den Schutz der vielzitierten »kleinen Leute« zu garantieren; ganz so, als ob diese von der Hausbesetzung gefährdet gewesen wären.

2015/16 haben nun Studierende, die meist in den Jahren um 1989 geboren sind, in einem Projekt im Rahmen des Masterstudienganges »Public History« die Ereignisse untersucht und dokumentiert, unter anderem auf der Webseite <https://mainzerstrasse.berlin/>. Mit der nun nachgeschobenen, populärwissenschaftlichen Publikation liegt eine recht oberflächliche Veröffentlichung vor, die 28 kurze Artikel und Interviews enthält, trotzdem einen gewissen Einblick verschafft und in der beeindruckenden Fotos unter anderem von Harald Hauswald enthalten sind.

Insgesamt ist es ein Band, der auf den ersten Blick wirkt, als könne er in Berlin in den Tourist*innen-Abteilungen der Buchläden liegen. Dabei dokumentiert er doch einige Aspekte dieses Sommers, die nicht vergessen werden sollten.

Bernd Hüttner

Christine Bartlitz u.a. (Hrsg.): Traum und Trauma. Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin, Christoph Links Verlag, Berlin 2020, 144 Seiten, 20 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

THEATERWORKSHOP

Lebendige Demokratie

11. bis 13. November
(Kochel am See)

In diesem Workshop wollen wir Demokratie für uns lebendig werden lassen. Durch das Kennenlernen der Anderen, den Austausch und die Diskussion, beginnen wir unsere Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verstehen – was verbindet uns, was trennt uns von anderen und wie können wir trotz der Unterschiede gemeinsam leben? Um dies zu hinterfragen, beschäftigen wir uns mit Werten. Welche Werte hast du ganz persönlich? Ist dir Freiheit wichtiger als Gerechtigkeit? Wie gehen wir mit Ungerechtigkeiten um? Was ist dir wichtiger: Toleranz oder Respekt? Wir finden gemeinsam heraus, wie Demokratie durch Theater lebendig werden kann.

Ort: Am Aspensteinbichl 9,
82431 Kochel am See
Info: <https://tinyurl.com/y6bnzby2>

AKTIV WERDEN

Skills und Methoden für Soziale Bewegungen

13. bis 15. November (Salzburg)

Ein Wochenende voller Workshops zu Gruppenmoderation, Aktionsplanung und -training, Rechtshilfe, Social Media, Strategieentwicklung, Nachhaltiger Aktivismus – und vieles mehr. Kommt nach Salzburg, bildet euch weiter und bildet wir gemeinsam einen Kippunkt im Kampf für das Gute Leben für alle.

Ort: Waldorfstr. 11,
5023 Salzburg
Info: <http://tippingpoints.life>

BLOCK FRIDAY

»Rebellieren statt Konsumieren«

27. November (Hamburg, Dortmund, Amsterdam Köln, u.v.m.)

Einladung an alle Aktivist*innen, die für Systemwandel statt Klimawandel kämpfen. #BlockFriday soll als Plattform genutzt werden, um individuelle Aktionen unter dem Motto »Rebellieren statt Konsumieren« dezentral durchzuführen. Neben Aktionen des zivilen Ungehorsams wird es zu vielfältigen Aktionen aller Aktionsbereiche kommen (Konsumpartys, Bannerdrops, Fashion-Shows, etc.) – eure Kreativität ist gefragt! Ihr seid herzlich eingeladen, gemeinsam ein ausdrucksstarkes Zeichen für weltweite Klimagerechtigkeit zu setzen und eine umweltfördernde Wirtschafts- und Klimapolitik zu fordern, bei der nicht der Konsum im Vordergrund steht, sondern eine gesunde Erde.

Info: <https://tinyurl.com/yyeanns5>

KONSUMKRITIK

Repair-Café von Frauen* für Frauen*

29. Dezember, 17 Uhr (Berlin)

Kommt einfach mit euren kaputten Gegenständen (Fahrräder, Kleidung, Waffeleisen usw.) vorbei und lasst uns gemeinsam versuchen, sie in gemütlicher Atmosphäre zu reparieren. Wir suchen auch noch Reparatur*innen / Tüftler*innen, die Lust haben, mit anzuleiten und zu reparieren.

Ort: Naunynstr. 72,
10997 Berlin
Info: <https://tinyurl.com/yy4c5kjb>

CIRQUE DE LOIN

Narrenfreiheit. Extravaganza. Utopia.

17. bis 20. Dezember,
jeweils 20 Uhr (Bern)

Die Apokalypse ist nahe, die Ideen riechen verbrannt, die Schwerkraft hebt sich in die Höhe. Die Gesellschaft pausiert und amüsiert sich. Ist das der Anfang oder schon lange das Ende? Fliegt weiter und kommt näher! Sein oder nicht sein. Auf einen lustvollen, gemeinsamen Neuanfang. Ein Experiment und Abenteuer zugleich. Ein Versuch, Theater zu leben. Mit einem Flair von Ritual und Cabaret. Es gibt kein Morgen mehr. Kommt und schwimmt mit uns gegen den Strom.

Ort: Neubrückestrasse 8,
3012 Bern,
Schweiz
Info: <https://www.grossehalle.ch/programm/ludo-family>

KOMMUNIKATION

Wie finden wir Gehör?

27. Oktober 2020, 19 Uhr (Berlin)

Wenn sich Menschen in Vereinen und Initiativen zusammenschließen, wollen sie etwas erreichen und sich in den politischen Meinungsbildungsprozess einschalten. Aber wie gelingt es, in der politischen Arena Gehör zu finden? In diesem Seminar erhalten die Teilnehmer*innen praxisnahe Einblicke in analoge und digitale Möglichkeiten der Beteiligung. Gute Beispiele sollen dabei helfen, die eigene politische Kommunikation in der Kommune zu verbessern und Forderungen in Zukunft noch besser zu platzieren.

Info: <https://tinyurl.com/y3dznuv>

KOOPERATIONEN

in der Landwirtschaft

29. bis 31. Januar (Vöcklabruck)

Im ÖBV-Frauenseminar 2021 wollen wir voneinander und miteinander lernen, wie wir Kooperationen in der Landwirtschaft und drum herum neu gestalten oder weiterentwickeln können und wie uns die Muster des »Commoning« dabei helfen können. Dazu gibt es Impulsreferate, Diskussionen, Praxisbeispiele, Erfahrungsaustausch, Spiele, Übungen und gemütliches Beisammensein. Zielgruppe: Frauen in der Landwirtschaft, Frauen auf dem Weg in die Landwirtschaft und Handwerkerinnen/Gewerbetreibende, die mit Frauen in der Landwirtschaft kooperieren wollen.

Ort: Salzburger Str. 18,
4840 Vöcklabruck
Info: viacampesina.at/termine

FACHTAGUNG

»Kartoffel, Kürbis, Vaterland - Landwirtschaft aus rechter Hand«

22. bis 23. März (Jena)

Die Teilnehmer*innen werden Impulsvorträge zu aktuellen rechten Strömungen auf dem Land hören und sich damit in Workshops beschäftigen. Gemeinsam wird ein Bild von rechten Vereinnahmungsversuchen in der Öko-Landwirtschaft gezeichnet, u.a. bei einer Podiumsdiskussion mit Verbandsvertreter*innen. Der Raum wird geöffnet, um sich auszutauschen, Beratungsmöglichkeiten kennenzulernen und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln.

Ort: Jena
Info: <https://tinyurl.com/y4dxtun5>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contrastE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Redaktion: redaktion@contrastE.org
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrastE.org
Verein: vorstand@contrastE.org
Redaktion: redaktion@contrastE.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contrastE.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contrastE.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contrastE.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contrastE.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beyss@contrastE.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contrastE.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contrastE.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de
REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de
REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de
REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contrastE.org

HERSTELLUNG
ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contrastE.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contrastE.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contrastE.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contrastE.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contrastE.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @contrastE_org

Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrastE-liste>

ANZEIGEN

»Jung bleiben heißt jW zu lesen, um das politische Klima dieser unserer Welt zu verstehen.«
Täve Schur, DDR-Radsportlegende

Unverzichtbar!
Jetzt *junge Welt* stärken.

junge Welt abonnieren: www.jungewelt.de/abo | Genossenschaftsmitglied werden: www.jungewelt.de/lpg

anti atom aktuell
Berichte
Meinungen
Analysen
aus der
antiAtom-Bewegung
rund um den Erdball

werde Fördermitglied!
<je nach Geldbeutel>

anti atom aktuell
Tollendorf 9 | 29473 Göhrde | www.anti-atom-aktuell.de

grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 80€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar
mail@gruenes-blatt.de

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk Biologischer Bewegungen

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene. Tipps, Termine & Adressen

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.

Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contrastE.org

KLEINANZEIGE

Garten-Ini auf dem Karla*hof sucht Verstärkung

Unsere Garten-Ini bewirtschaftet ca. 3000 qm inklusive eines Folientunnels. Sie wird hauptverantwortlich von zwei Personen getragen und gestaltet. Dazu kommen viele helfende Hände, die regelmäßig mithelfen. Aktuell suchen wir mitmachende Personen mit Erfahrung im Gemüsebau, die Zeit und Lust haben, hauptverantwortlich mitinzusteigen haben. Schön wäre, wenn sie außerdem die tauschlogikfreie Idee des Karlahofs gut finden und bereit sind, ihre Arbeitsstunden nicht (nur) in Geld abzurechnen. Wir schätzen unsere Gartenarbeit auch als Ort der sozialen Interaktion und Beziehungspflege, wir wollen respektvoll miteinander umgehen, Konflikte ansprechen und eine fehlerfreundliche Atmosphäre schaffen. Der Karla*hof ist ein Gemeinschaftsprojekt in der Uckermark, auf dem mit kollektiver Subsistenz, tauschlogikfreier Landwirtschaft und Formen eines gewaltarmen sozialen Miteinanders experimentiert wird. Wir leben hier mit 13 Menschen zwischen 30 und 50 Jahren.
Kontakt: karlahof@gegenseitig.de